

Die Volkswacht erscheint wöchent-  
lich einmal am Sonnabend.  
Bezugspreis monatlich 45 Pf.  
vierteljährlich 1,25 Mk., einschließlich  
Trägerlohn. In den Abholstellen  
monatlich 40 Pf. Durch die Post  
bezogen vierteljährlich 1,25 Mk.  
ausschließlich Bestellgeld. Einzel-  
nummer 10 Pf.

# Volkswacht

**Anzeigenpreise:**  
Die gespaltene Zeile 20 Pf.  
für auswärts 25 Pf., die 2 ge-  
spaltene Zeile 1 Mk. 20 Pf.  
Anzeigen mit Schlagzeile  
werden besonders berechnet.  
Bei Wiederholung Rabatt  
laut Tarif.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

### Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Nr 13

Danzig, Sonnabend den 30. März 1918

9. Jahrgang

## Osterglocken

Horch! Die Osterglocken klingen  
Sehnsuchtsvollen Osterlang;  
Durch die Lüfte wiegt ein Singen,  
Schwingt's wie Auferstehungsdrang.

Und der Glocken Töne gleiten  
In die Lande weit und breit;  
Künden Ostern, Lenz und Freuden,  
Dahe Auferstehungszeit!

Und sie rufen nach dem Frieden,  
Dass nach harter, schwerer Zeit  
Er dem Menschenvolk hienieden  
Frohe Osterblumen freud!

Aus dem Schnee am Gartenrande  
Lügen unschuldsvoll und rein  
Wie aus lichtem Silberbande  
Glockenblumen zart und fein.

Duftend ihre Kelche locken,  
Und es ist, als klänge leis  
Aus den weißen Blütenglocken  
Eine alle Friedensweis.

Frieden, Frieden — leise knistern  
Reiß und Schnee am Gartenrand,  
Und die Glockenblumen flüstern  
Singend von dem fernem Land —

Wo im goldenen Frühlingssglanze  
Leuchtend hell die Sonne scheint,  
Die in ihrem Strahlenkranz  
Alle Völker froh vereint...

Wo in ihrer lichten Klarheit  
Für und für die Eintracht wohnt,  
Wo, gestützt auf Recht und Wahrheit,  
Ewige Menschenliebe thront...

Frieden, Frieden — leise knistern  
Reiß und Schnee am Gartenrand,  
Durch die Lüfte weht ein Flüstern  
Von dem nahen Friedensland...

Und die Osterglocken singen  
Und die Sonne hell durchbricht  
Dunkles Wolkenland, zu bringen  
Frohe Zukunftsvorhoff!

u. S.

## Auferstehung

Wieder naht mitten im Kriegesgetöse das Osterfest. Dieser Umstand gibt dem sonst so lieblichen Auferstehungsbeste einen wehmütigen und traurig stimmenden Reiz und wie eine blutige Vision in nebelgrauer Ferne taucht auf vor unserm geistigen Auge die Schädelstätte von Golgatha und inmitten dieser Stätte der Unduldsamkeit, der Grausamkeit und des Martertodes der blutigeuchte, sich in schredlichen Qualen windende Leib des gekreuzigten Nazareners...

Ist nicht jeder geneigt, von dieser menschlichen Pein des einzelnen den Gedanken herüberzuleiten in unsere heutige Zeit? Ist es nicht, als ob seit beinahe vier Jahren die gesamte Menschheit am blutigen Leidenspfahl schmachte? Führt nicht seit vielen Monden der dornige Leidenspfad der Menschheit durch Qual und Tod, durch Elend und Not? Beleuchten nicht immer noch glühendrote Kriegssackeln eine gigantische Schädelstätte und sind nicht noch heute die Fanatiker des Krieges eifrig bemüht, die Glut dieses entsetzlichen aller Weltbrände immer von neuem anzufachen und damit die Leiden der Menschen ins Unendliche zu verlängern? Immer noch verhüllt der edle Genius der Eintracht und des blühenden Friedens weinend sein Antlitz und mit wahn sinniger Hast schüren die sadistischen Roboter des Unfriedens und der Zerstörung im altgewohnten Weise den Weltfeuerbrand, blasen mit wilder Otter und Lust in die manchmal dem Erdschen zuneigenden Flammen und tanzen mit teuflischem Gelächter den Reigen um Brand und Tod. Furchtbar tobt jetzt im Westen ein gigantisches Ringen vieler Millionen Heere um die letzte Entscheidung. Die Geschütze brüllen. Gaswolken voller Gift schleichen über die Fluren und werfen wie ein türkischer Feind die Kanoniere unter ihre Geschütze. Maschinengewehre knattern, Infanterie stürmt an, Flieger säen Tod und Verderben aus der Luft, der Boden färbt sich rot von Blut und weiter, weiter, weiter stürmt die Schlacht! Ueber verwüstetes Gelände, das seit langem kein Korn mehr trug, vorüber an den Gräbern wo der kriegsfreiwillige Krieger neben dem graubärtigen Landsturmmann schlummert, dort stürmen neue Armeen, türmen sich neue Leichen, hallen wieder Schmerzensschreie und Siegesrufe durch die Luft. Deutschland in Entzweiung, Frankreich in Schrecken, die neutrale Welt in starrer Verwunderung ob der neuen übermenschlichen Kraftäußerung der militärischen Riesenmaschine. Und ein Meer von Blut und Tränen verdampft mit ohnmächtigem Zischen am feuerglühenden Horizont...

Die Menschheit hängt seit Jahren am Marterkreuz. Der Erdball ist zur Schädelstätte geworden. Dohlen und Krähen umflattern mit gierigem Getöse die Stätten des Massentodes und der gewaltigen Zerstörung und erfüllen die vergiftete und verpestete Luft mit unwilligem Kreischen, wenn mit leidigen Händen die Schlachtopfer in den albarmherzigen Schoß der Mutter Erde betten...

Der Veröhnung heischende Menschengestalt kühlt dieser Stätte des Grauens. Und der Gedanke flüchtet von dieser gigantischen Leichenfide, diesem Menschheitsgolgatha hinüber zur versöhnlichen Phase der Auferstehungszeit. Dem finsternen Tage der Verzweiflung folgt der helle Auferstehungstag. Aus

Schmerzen und Tod erhob sich fleghaft die unsterbliche Idee, sie leuchtete mit strahlender Meteorische Weithin über den großen Erdball, sie spottete jeder blindwütigen Verfolgung, aber menschlichen Leiden und schlug ganze Völker in ihren Zauberbann. Gleich der unvergänglichen Sonne glänzten ihre erwärmenden Strahlen durch brütende Finsternis und traurige Grabesdüse und verhießen ein besseres Leben allen Menschen...

Am Ostertage winkt uns in der Ferne die gleiche Zukunftshoffnung. Noch drücken die letzten Frostschauer des Winters auf die Lande, und dennoch drängt neues Werden zum Licht. Das weiße Eisband der Erde zerschmilzt und braune Knospen, weiche, silberfarbene Weidenzägen, erstes frisches Grün und zarte Lenzesblüten künden des Frühling's Nahen, künden den unausbleiblichen Triumph des ewig Schönen über finstere Nacht und Eisstarre...

Und dies sich alljährlich erneuernde Wunder der Verjüngung und Befruchtung im ewigen Kreislauf der Natur, dieses frohe Beispiel der Wiedererweckung schöpferischer Kraft und nie verfliegender Schönheit gibt auch uns neue Stärke. Es stößt uns die Hoffnung ein auf die endliche Wiederauferstehung wahrhaftigen Menschentums. Noch zuden Vernichtung und Tod durch die Welt. Doch dies scheinen nur noch die letzten bösen Zudungen der menschenmordenden Kriegesbestie, und am Westenhorizont steigt endlich empor die alle Irrtümer zerschmelzende Strahlensonne weißer Erkenntnis, sichtbar gestützt durch die stählerne Notwendigkeit, die den Frieden heischt, nach dem die schwergeprüften Völker lechzen...

Diese Hoffnung erfüllt uns. Sie wird auch endlich ihre Bewirkung entgegengehen. Das Widernatürliche in stürzen, die blöde, blindwütige Häßlichkeit der Feindschaft der Menschen gegen seinesgleichen wird weichen müssen ein gegenseitigen brüderlichen Verstehen, wird Platz machen müssen der menschlichen Eintracht, dem wahrhaft Schönen, das ewig weil es natürlich ist. Aus der Winternacht der Schreck muß der Frieden hervorblühen, wird auferstehen ein neues Geschlecht ohne gegenseitigen Haß und ohne Zwietracht; die Völker des Erdballs werden sich die Hände reichen zu gemeinsamem Friedenswirken, zum aufbauenden Schaffen für all meine Kultur und Freude, für Fortschritt und allseitiges Wohlergehen. Und die späteren Geschlechter werden es nicht greifen können, daß ehemals sich Völker grausam zerschnitten konnten vermeintlicher Sondervorteile halber, wo doch alljährlich zur Lenzzeit Mutter Natur rüstet zu neuem Leben und erneuertem Schaffen, auf daß hinieden reichlich Brot herowachse für alle Menschenkinder. Sie werden das Vergangene als einen bösen Irrwahn, als einen häßlich wüsten Menschentraum werfen, und geloben, die Irrwege der Vorfahren meiden und fortan zu wandeln im Lichte der Freundschaft und Eintracht, im edlen, aufwärtsstrebenden Wettbewerb menschlichen Könnens und Willens.

Das ist dann der Auferstehungstag der Menschheit. Das Osterfest wahrhaft menschlicher Wiedergeburt. Und die Arbeit dieser unverfliegbar Quell allen Wohlergehens und aller Kultur, sie wird dann für immer geachtet sein und oberstes Prinzip der Menschheit bedeuten. Sie wird das leuchtende Strahlband bilden, das die Völker eint zum gemeinsamen, friedlichen Aufstieg zur Sonnenhöhe des Glückes, zu wahrer Menschlichkeit.

## Kriegskredite und Ostfrieden

Die Sozialdemokratie enthält sich der Stimme

Was bedeutet alles, was man bisher Weltgeschichte nannte; gegenüber der Tatsache, daß in demselben Augenblicke, in dem der deutsche Reichstag zu dem Friedensvertrage, den ein niedergeworfenes Rußland, nicht ohne Schuld seiner gegenwärtigen Nachbarn, abschließen mußte, Stellung nahm, die Offensive im Westen gleich so stark begann, daß selbst englische Nachrichten von einer Erschütterung der Lage sprechen. Mag man zu der Art des Ostfriedens stehen, wie man will. Die Tatsache, daß das deutsche Volk, den die Entente Verneinung geschworen, dem reaktionären Kolos Rußland beizugehen und trotzdem zum entscheidenden Stoß in das Herz des in allseitigen Unterjochungsbundes ausholen kann, ist Weltgeschichte.

Bodauern wir auch tausendmal daß die Auseinandersetzung der Völker trotz des 20. Jahrhunderts im Blutvergießen erfolgen, fühlen wir auch mit jedem, der da fällt, die geschichtliche Entwicklung können wir nicht durch Edelmut und Menschlichkeitsschmerz ersehen. Und wir können vor allem nicht wollen, daß unser Volk das Opfer dieses ungeheuren Weltblutens wird. Alle Stützer auf die Häupter der Entente-Schuldigen, die im imperialistischen Größenwahn Europa heute noch

so wie einst Afrika aufteilen möchten. Die Zukunft Sozialismus fordert ein selbständiges Deutschland und nicht ein von der Rache siegestrunkenen Eroberer niedergelretteltes Heidentum.

Deshalb mußte die Sozialdemokratie gerade in die historischen Augenblicke wieder die Kriegskredite zur Landesverteidigung bewilligen.

Seiber war ihr eine so unzweideutige Stellungnahme in der Abstimmung über den Ostfrieden nicht möglich.

Wir haben bereits in unserer letzten Nummer geführt, daß eine Zustimmung zum Ostfrieden für uns Fraktion nicht in Frage kommen konnte, und wir haben darin auch nicht getäuscht. Die Fraktion enthielt sich der Stimme.

Wir machen uns gar keine Illusionen über die Bedingungen der Annexionisten und die hinter ihnen stehenden Mächte. Es gibt nicht bloß einen von Oldenburg-Janus und nicht bloß die äußere Harmlosigkeit der „Vaterlandspartei“. Deshalb war bei der großen Bedeutung und Ernst der Frage, bei der unbedingten Notwendigkeit einer kulturellen Verständigung des deutschen und russischen Volkes eine deutlich markierte und überall verstandene Warnung



elne Vollst. der friedlichen Völkerverständigung unbedingt geboten.

Im Westen lobt die Entscheidungsschlacht fast genau dort, wo vor mehr als 1000 Jahren die Europäer mit den Hunnen um die Vorherrschaft so furchtbar rangen, daß die Geister der Erschlagenen der Erde nach noch in der Luft miteinander kämpften. Das bedeutet jene Kämpfe großer Vortzeit aber gegen diese ungeheure Weichschlacht, gegenüber der alle unsere Vorstellungen verbleiben. Darin geht es um unser Volk und unsere Zukunft, vergessen wir es nie und unsere Heldentatempfinden niemals.

Bei der großen politischen Bedeutung die die Reichstags-Sitzung vom 22. März hat, geben wir nachfolgend den Verhandlungs-bericht ausführlich wieder.

**Reichstags-Sitzung vom 22. März 1913**

Am Bundesratsitz: von Bayer, Graf Roeder, Dr. Wallraf, Vizepräsident Dr. Haacke eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Eine Antrags des Abg. Doornik (F. Rp.) betr. die Flucht Oarros und Marschalls beantwortet.

Oberst Köhler: Alle Vorlesungen waren getroffen, um ein Entkommen zu verhindern. Die Flucht ist nur dadurch möglich geworden, daß ihnen verberberische Beihilfe geleistet wurde. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Eine Anfrage des Abg. Müller-Meinungen (Fortsch. Sp.) betr. Rückziehung der alten Randsturmleute beantwortet.

General von Wisberg: Die Entlassung des Jahrganges 1869 erfolgt im April. Ueber die Entlassung des Jahrganges 1870 kann noch nicht entschieden werden.

Nach weiteren Anträgen wird der Rotetel gegen die „Unabhängigen“ in zweiter und dritter Lesung angenommen. Es folgt die dritte Lesung des 15-Milliarden-Kredits.

**Abg. Ebert (Sozialdemokrat):**

Die großen politischen Fragen sind in den letzten Wochen sehr eingehend diskutiert worden. Deshalb will ich bei Besprechung der Stellung meiner Fraktion zu der neuen Kriegskreditforderung nicht darauf eingehen. Ueber unsere Beurteilung des Offfriedens haben wir keinen Zweifel gelassen. Wie wir uns bezüglich dazu stellen, wird nachher bei der dritten Lesung des russischen Friedensvertrages dargelegt werden. Ich muß aber schon hier entschieden zum Ausdruck bringen, daß die Reichsleitung in bestimmten Erklärungen den Vätern in Polen, Litauen und Kurland das Recht zugesichert hat, die künftige Gestaltung ihres Schicksals selbst zu bestimmen. Die Reichsregierung hat sich mit diesen Erklärungen vor der Welt und der Geschichte verpflichtet. Von der tatsächlichen Durchführung dieser Zusicherungen wird es abhängen, wie künftige die Welt die Politik des Reiches beurteilt. Auch die Mehrheit des Reichstages hat sich für gerechte Ausführung eingesetzt. Wir müssen deshalb vom Reichstagsler auf das Bestimmteste erwarten, daß er sich durch keinerlei Widerstände von der reiflichen Erfüllung dieser übernommenen Pflichten abhalten läßt. Wir erwarten, daß er alles einsetzt, damit den Randvölkern im Osten, und zwar den Vätern in ihrer Gesamtheit der Aufbau ihres neuen staatlichen Lebens nach ihrer eigenen freien Entscheidung gewährleistet wird. Das ist im eigenen Interesse des Reiches unerlässlich, denn nur so wird es möglich sein, mit unseren östlichen Nachbarn in ein freundschaftliches, wirtschaftlich geordnetes Verhältnis zu kommen, den jetzigen Frieden im Osten in sich selbst zu sichern und damit zu einem dauernden zu tragen.

Im Westen sind leider immer noch keine Aussichten auf Frieden. Wir haben unter Mäglichkeit getan, um auch dort weiterem Blutergießen ein Ende zu bereiten. Neue Friedenshoffnungen ließ die Diskussion zwischen dem Reichstagsler und dem Präsidenten Wilson aufkommen. Wilson hat in seiner Botschaft vom 11. Februar dargelegt, auf welcher Grundlage man zu allgemeinen Friedensverhandlungen kommen könne. Der Reichstagsler hat darauf am 25. Februar erklärt, er stimme den vier leitenden Willensgrundsätzen zu, auf dieser Grundlage könne der allgemeine Frieden erreicht werden. Weiter hat sich der Reichstagsler bereit erklärt, mit der belgischen Regierung über die Regelung der belgischen Frage in eine unverbindliche Aussprache einzutreten. Diese Erklärungen haben wir als einen ersten Schritt zur Verständigung begrüßt. Eine Antwort ist weder von Wilson noch von der belgischen Regierung gegeben worden. Dagegen haben die Staatsmänner von England, Frankreich und Italien keinen Zweifel gelassen, daß sie nach wie vor an ihren Standpunkt festhalten, wie er in dem Beschluß von Versailles festgelegt ist, wo gesagt wird, die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten bestehe darin, mit äußerster Kraftanstrengung in geschlossener, wirksamer Zusammenarbeit die militärischen Bemühungen fortzusetzen. Das heißt also Fortsetzung des Krieges bis zur Erreichung der satzungsbekannteten Kriegsziele der Entente, von denen Lord George sagte, die Regierung könne davon nicht im Geringsten abgehen. Aus England haben wir kürzlich gehört, daß die von der Regierung geforderten Kriegskredite im Unterhaus einstimmig bewilligt worden sind, und aus Frankreich, daß sie mit allen gegen 5 Stimmen bewilligt sind. So befindet sich unser Land noch dem Westen immer noch in der Verteidigung gegen Feinde, die uns an Zahl weit überlegen sind, und die die Lebensinteressen unseres Volkes bedrohen. Wir werden deshalb den geforderten Kriegskrediten zustimmen. (Bravo!)

Bei der Bewilligung neuer Kredite müssen wir von der Reichsleitung aber nachdrücklich fordern, daß der bisherigen Verschwendung von Reichsmitteln bei Beschaffung von Kriegsmaterial ein Ende gesetzt wird. Die Ausplünderung des Reiches durch Heereslieferanten ist dieser Lage hier gründlich beizufahren worden. Die Schuld an diesem unerhörten Skandal liegt nicht nur bei den Wirtschaftlichen, die Verantwortung dafür trägt in vollem Maße die Reichsleitung. Besonders wäre es Kampf Pflicht der Reichsregierung gewesen, hier mit einem klaren Bekenntnis zu fahren. An rechtzeitigen Bescheiden und Wohnungen hat es im Reichstag nicht gefehlt. Wir müssen vom Reichstagsler fordern, mindestens eine ausreichende Überwachung der für den Heeresbedarf bestimmten Betriebe zu schaffen und eine sorgfältigere Prüfung der Rechnungen für alle Bedürfnisse des Heeres und der Marine durchzuführen. Ein unersetzlicher Zustand ist die Handhabung des Beschaffungswesens. Die Hebergriffe auf diesem Gebiet sind hier und im Hauptausdruck vielfach beizufahren, eine weitestgehende Behebung ist jedoch nicht eingetreten. Reichlich handelt es sich bei den Einkaufsverträgen der Freiheit und in Beschaffungsverträgen zum offenkundigen Mißbrauch des Kriegsmaterials zum persönlichen Zweck. Die Heereslieferanten Generalstabes haben und wollen über das politische und geistige Leben selbstherrlich wie auf dem Kaiserhof. Das Generalstabeskommando in Dresden drangaliert unsere Partei und die Gewerkschaften mit einer dicken Schicht. Es verhindert unserer Partei nicht nur an der öffentlichen Versammlung, es verhindert auch Mitglieder der Gewerkschaften und verhindert sogar die Werbung von Mitgliedern. In ähnlicher Weise wird das Verbandsrecht der Gewerkschaften mißbraucht. Der einzige Erfolg dieser unheimlichen Kapererei ist, daß gebildet sind und unter Wille der Arbeiter systematisch vernichtet werden. (Lebhaftes Beifall.) Die Beschlüsse gegen das Generalstabeskommando in Dresden beschließen bei Anwesenheit des Reichstages und des Kriegsmaterials, aber ohne jeglichen Erfolg, haben die Parteien des Kriegsmaterials denn gar keinen Einfluß auf das Generalstabeskommando in Dresden oder auf die militärische Disziplin nicht auch für General. Es ist höchste Zeit, daß dem unerhörten Mißbrauch der Staatsgewalt endlich durch gesetzliche Maßnahmen ein Riegel vorgeschoben wird. Unser Volk trägt mit unerträglicher Ausdauer die Lasten des Krieges. Will man diesen gewaltigen Leistungen gerecht werden, dann muß unser Volk nicht nur vorzüglichem Schicksal aus politischen Schicksalen, dann müssen alle Volksgenossen gleichmäßig in den selben Schicksal der gleichen Staatsbürgerlichen Rechte gelangen. (Lebhaftes Zustimmung laut.) Die wirtschaftlichen Bedingungen des Krieges, die Überwindung aller Hindernisse in die Friedenszeit erfordert durchgreifende

sozialpolitische Maßnahmen. Ich wolle hin auf die dringliche Verbesserung der Kriegswirtschaft und ihrer Hinterbliebenen. Im November v. J. erstellte General Langemann, eine Novelle zu dem Verordnungsgebot sei im Kriegsministerium fertiggestellt. Ich bitte dringend, sie baldigt dem Reichstage vorzulegen. Auch die künftige in Aussicht gestellte Entwurfs wegen Schaffung von Arbeitsämtern und Aufhebung des § 158 der Gewerbeordnung liegen immer noch nicht vor. Wir erwarten, daß sie dem Winterparlament des Reichstages vorgelegt werden. Unerlässlich ist die rechtzeitige rechtliche Regelung der Arbeitsvermittlung. Aber selbst mit der bestorganisierten Arbeitsvermittlung wird es nicht möglich sein, allen aus dem Heere herbeiströmenden Arbeitern und Angehörten der Wirtschaft einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Unsere heimkehrenden Krieger dürfen aber nicht dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben werden. Deshalb muß schon jetzt die reichsrechtliche Regelung der Arbeitslosenversicherung in Angriff genommen werden.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Wohnungsfrage. Das Reich muß grundlegende gesetzliche Maßnahmen ergreifen für die planmäßige Wohnungsbauherstellung nach dem Krieg. Die privaten Bautätigkeit kann den großen Anforderungen nicht gerecht werden. Ohne erhebliche finanzielle Beihilfe des Reiches werden aber auch die den großen Aufgaben nicht gerecht werden können.

Das sind eine Reihe wichtiger, durchaus berechtigter und praktisch sehr wohl möglicher Forderungen, deren baldige Durchführung dringlich geboten ist. Das erfordert der Frieden im Innern und die soziale Pflicht beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft nach dem Kriege. Wir stehen vor einem neuen blühigeren Zusammenstoß im Westen, die Welt dem furchtbarsten während des ganzen Krieges, den wir, wie ich nochmals betone, leider nicht verhindern konnten. Dennoch ist es unseres Erachtens unabwendbare Pflicht der Reichsregierung, sobald sich im Westen eine Verständigungsmöglichkeit zeigt, die den Lebensinteressen unseres Landes gerecht wird, alles zu tun, um der gequälten Menschheit endlich den lang-ersehnten allgemeinen Frieden zu geben. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (kons.): Die Ausführungen des Redners über Polen, Litauen und Kurland könnten uns sonst veranlassen, zu antworten, aber gerade jetzt, wo im Westen schwere Entscheidungen bevorstehen, sollte der Kriegskredit ohne eine derartige Erörterung bewilligt werden.

Abg. Bernstein („Unabh.“): Der Offriede verhindert ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland. Die Politik in Polen, Belgien und Rumänien widerspricht dem völkerechtlichen Grundsatz, daß das Volk nach eigenem Ermessen regiert werden muß. Wir verweigern deshalb die Kredite.

Hierauf wird der 15-Milliarden-Kredit gegen die „Unabhängigen“ angenommen.

Der Nachtragsetat zum Neubau der Reichsschuldenverwaltung wird debattelos in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso die Kriegszuschläge zu den Gerichtskosten.

**Offrieden und Sozialdemokratie**

Bei der zweiten Lesung des russischen und des finnischen Friedensvertrages gibt

**Abg. Scheidemann (Sozialdemokrat):**

folgende Erklärung ab: Das Ziel der sozialdemokratischen Politik ist, den Krieg nach erfolgreicher Verteidigung des Landes durch einen wahrhaften Volkfrieden zu beenden, der auf Verständigung gegründet ist und in Zukunft die Anwendung kriegerischer Gewalt ausschließt. Dieses Ziel ist mit dem Friedensvertrag nicht gefördert worden.

Die Mittelmächte hatten versprochen, eine Verständigung mit Rußland über das Selbstbestimmungsrecht der Randvölker herbeizuführen.

Im Widerspruch dazu haben sie den Verzicht Rußlands auf Polen, Litauen u. Kurland von vornherein verlangt.

Diese Wackelpolitik wird den Interessen des Deutschen Reiches nicht gerecht, die eine dauernde Beruhigung der Verhältnisse und eine enge Freundschaft zwischen dem deutschen und dem russischen Volke erfordern.

Wir müssen fordern, daß das völkerechtliche demokratische Selbstbestimmungsrecht der Polen, Litauer und Kurländer gesichert wird, damit ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis Deutschlands mit ihnen und dem russischen Volke ermöglicht wird.

Wir können uns mit der Art des Zustandekommens des Vertrages, wobei der Reichstag ausgeschlossen war, und mit wesentlichen Teilen des Inhaltes nicht einverstanden erklären.

Da aber durch den Vertrag der Kriegszustand im Osten tatsächlich beendet ist, wollen wir ihn nicht ablehnen.

Deshalb enthalten wir uns der Abstimmung. Dem Vertrag mit Finnland stimmen wir zu.

Abg. Gröber (Zentr.): Es handelt sich nicht um die Frage, ist der Vertrag eine Verständigungsvertrag, sondern ob auf andere Weise ein Friedensvertrag zu erzielen ist. Während die Deutschen mit wahrer Lammesjehud den Friedensvertrag fördern, hörte man russischerseits Brandreden und Forderungen zur Entfaltung der Revolution in Deutschland. Wir wurden gegangenen, den Kampf wieder aufzunehmen. Die Russen konnten den Kampf nicht fortsetzen, weil ihre Armee vollständig gerührt ist. Wenn der eine Teil nicht mehr den moralischen Mut besitzt, die Niederlage und ihre Konsequenzen anzuerkennen, dann muß die andere Seite ihn zu Hilfe kommen und ihm genau die Richtlinien für sein Verhalten vorzeichnen.

Kann man den Frieden nicht einen Verständigungs-Frieden nennen, so sind allein die Besorgnisse schon.

Nicht eine einzige Amerikaner steht im ganzen Vertrage. Wenn die Randvölker, deren Selbstbestimmungsrecht die Bolschewisten verlangen, sich von Rußland trennen, kann man Deutschland keinen Vorwurf daraus machen. Daß der Friedensvertrag gut ist, beweist der feindliche Aufschrei darüber. Im Moment, wo England die räuberische Hand auf die holländischen Schiffe legt, hat es nicht das Recht, über die Bergung von Völkern durch Deutschland zu flagen. (Lebhaftes Zustimmung.)

Zu der Entschließung der Mehrheitspartien, den staatlichen Ausbau Polens, Litauens und Kurlands mit einheimischer Zivilverwaltung in die Wege zu leiten, erklärt

**Vizekanzler von Bayern:**

Die Selbständigkeit Kurlands ist von uns anerkannt worden. Morgen tritt eine Deputation des litauischen Landesrats ein. Ihr gegenüber wird wohl schon nächster Tage die Anerkennung der Selbständigkeit Litauens ausgesprochen werden können. Die weitere staatsrechtliche und politische Gestaltung dieser neuangefallenen Länder liegt dann zunächst in deren Hand. Wir zweifeln nicht, daß eine Lösung gefunden wird, die es ermöglicht, das bedauerliche ererbte friedliche und freundschaftliche Zusammenleben zu regeln und dauernd zu erhalten. Was Polen betrifft, dessen staatliche Existenz des Anerkenntnisses nicht mehr bedarf, so begannen angelehnte politische Kreise dieses Landes neuerdings durch eigene Mitwirkung die künftige Gestaltung mit vorbereiten zu helfen. Deutschland und die österreichisch-ungarische Monarchie können jede Mitarbeit begrüßen, die ihr eigenes Bestreben fördert, unter Sicherstellung der eigenen Interessen dauernd freundschaftliche Beziehungen zu dem neuangefallenen Staate zu schaffen.

Nach der Rückkehrung ist der Ansicht, daß als Voraussetzung einer geordneten Staatsentwicklung von Entwicklung in den drei Ländern angesehen werden muß, daß ihre künftigen Volkserziehungen auf breiter Grundlage aufgebaut werden.

Das Verlangen der Einführung einer einheimischen Zivilverwaltung erscheint auch der Reichsleitung als berechtigtes Streben. Sie ist bereit, ernstlich darauf hinzuwirken, daß diesen verständlichen Wünschen der Staaten entsprochen wird. Endlich ist die Reichsleitung entschlossen, mitzuwirken, daß die erforderlichen Vereinbarungen zwischen allen Beteiligten sobald als möglich zum Abschluß gebracht werden. Eine Reihe von Hindernissen ist seit November 1912 aus dem Wege geräumt worden, welche noch aber nicht unüberwindlich sind. Auf baldigen Abschluß drängen nicht nur die politischen

Verhältnisse, die Klarheit heischen, es wäre auch eine wahre Erlösung für die Beteiligten, wenn nach dem jahrelangen Ringen und Unsicherheit endlich mit Brief und Siegel bestätigt würde, daß die hartgeprüften Völker wenigstens in diesem Teile der Welt sich wieder der ungehinderten körperlichen Arbeit und den Segnungen des Lebens und der Ruhe erfreuen dürfen. (Lebhaftes Beifall.)

Abg. Dr. von Söfner (kons.): Wir stimmen dem Friedensvertrag und den Entschlüssen des Ausschusses zu, nicht aber denen der Sozialdemokraten. Bei allem Wohlwollen für die Randvölker wünschen wir, daß die erste Linie der militärischen Grenzüberwachung unserer östlichen Provinzen Rechnung getragen wird. Wir bitten Sie, unserem Antrag einstimmig zuzustimmen, daß bei künftigen Friedensverträgen der Grundsatz „keine Annexionen“ wieder verankert wird, um für unsere Kriegswirtschaft sorgen zu können. (Beifall.)

Abg. Haacke („Unabh.“): Wir werden angesichts dieses Friedensvertrages vom Gefühl der Schande berührt (Große Unruhe), da unseren Nachbarn ein rücksichtsloser Schwertfrieden aufgezwungen wird. Der Abgeordnete Gröber hat mit großer Redseligkeit nachzusehen gesucht, daß dieser Friede in den Rahmen der Reichstagsentscheidung paßt. Vizepräsident Dr. Paasche rügt diesen Ausdruck. Was sagen nun die Herren Scheidemann und Davit zu dieser Zustimmung ihres Vorgesetzten? Der Friede ist nur ein Waffenstillstand mit schweren Ränkungen. Die Vertretungen der Randvölker sind keine Volkservertretungen. Innerlich fühlen sich die Balten zu Rußland hingezogen.

Abg. Strefemann (natl.): Unsere Zustimmung zu den Verträgen ist bereits erklärt worden. Es ist unklar, daß die Zuneigung der Balten zu Deutschland auf materieller Grundlage beruht. Die baltische Literatur ist ein fortgesetztes Bekenntnis zur deutschen Kultur. Von deutscher Gewalttätigkeit kann man nicht sprechen, wenn man an die englische Gewalttätigkeit denkt, wie sie jetzt wieder einem neutralen Lande gegenüber zeigt. Seien Sie doch auch einmal Ihrem eigenen Lande gegenüber zu gerecht und objektiv. (Lebhaftes Bravo!) Den Entschlüssen des Ausschusses stimmen wir zu. Estland und Livland müssen ebenfalls das Selbstbestimmungsrecht bekommen und wir werden ihnen beihilflich sein, sich an Rußland anzuschließen. (Beifall.)

Abg. Haacke-Karlruhe (F. Rp.): Abg. Haacke hat sich zum Sprecher der russischen Imperialisten gemacht. Angesichts der Entschlüssen des Ausschusses kann man nicht mehr von einem Annexionsfrieden sprechen. Die Entschlüssen fordern die Freiheit der Randstaaten und daraus kann nur Gutes für Deutschland entstehen. Wir wollen im Gegensatz zu dem konservativen Antrag die bessere Fürsorge für die Kriegswirtschaftlichen und Hinterbliebenen herbeiführen auch ohne Kriegswirtschaft. Wir werden es auch durch unsere Arbeit und durch angemessene Steuern schaffen. Den Friedensverträgen stimmen wir selbstverständlich zu. Gebt Gott, daß wir auch bald zum Frieden im Westen kommen. (Beifall.)

Abg. von Camp (Dt. Fr.): Die Forderung einer Kriegserklärung ist für die Folge unerlässlich. Für die Vermittlungen, die die Russen den Ostpreußen angetan haben, muß eine Entschädigung eintreten. Von einer Kompensation kann keine Rede sein, da wir in Rußland keine Markbrennerien begangen haben.

**Der zweite Redner der Sozialdemokratie**

**Abg. Dav. (Sozialdemokrat):**

Der Resolution, die das Reich kassierbar machen will für ausfallende Forderungen Deutscher an russische Staatsangehörige können wir nicht zustimmen. Dagegen begrüßen wir es, daß Streitigkeiten aus solchen Verträgen durch schiedsgerichtliches Verfahren erledigt werden sollen und daß in alle künftigen Verträge von vornherein solche Schiedsgerichtsklauseln aufgenommen werden soll. Ebenso notwendig ist, daß in die Friedensverträge Vereinbarungen über Arbeiterklub, Sozialpolitik usw. aufgenommen werden. Gegenüber dem Antrag, der bei künftigen Friedensverträgen Kriegswirtschaftlichen verlangt, schließen wir uns den Ausführungen des Abg. Dr. Haacke an. Für die Kriegswirtschaftlichen zu sorgen ist Ehrenpflicht des Reiches. (Sehr wahr bei den Soz.) Der Antrag Strefemann ist eine Ergänzung der Resolution der Mehrheit, sondern steht im Gegensatz zu ihr. Estland und Livland sind noch russisches Gebiet. Zu der Regelung dieser Verhältnisse gehört eine neue Vereinbarung mit Rußland. Selbstverständlich ist, daß alle noch in Deutschland zurückgebliebenen Angehörigen ehemals russischer Gebiete, also auch die Polen und Litauer usw. in Freiheit gesetzt werden müssen. Nun zu den Angriffen des Abg. Haacke. Wir haben auch scharfe Kritik geübt an der Art, wie der Vertrag zustande gekommen ist. Aber wir können den Vertrag nicht ablehnen, weil das bedeuten würde, daß wir die militärische Leitung auffordern, die Waffen wieder aufzunehmen. Der Frieden mit der Ukraine war sicher ein Frieden ohne Kontributionen und Annexionen, es war ein Frieden mit einer sozialdemokratischen Regierung, den diese Regierung mit Freuden eingegangen ist. Aber die Herren Haacke und Genossen haben auch diesen Frieden abgelehnt. (Hört! hört!) Nach dem Ausfall der Wahl in Niederbarnim beharrte natürlich ein konservativer Minister des Herrn Haacke dazu, uns vorzuführen, unsere Politik sei zusammengebrochen. Wie oft haben wir von den Unabhängigen gehört: Ja, hier im Hause sind wir nur wenige, aber draußen im Lande steht die große Masse der sozialdemokratischen Wähler von 1912 hinter uns. Wollen Sie das auch jetzt noch behaupten? Niederbarnim war Ihr sicherer Turm, ein Wahlkreis, der schon durch seine Zusammensetzung von vornherein eine Hochburg der Sozialdemokratie ist. In einem solchen Wahlkreise bricht vor dem Volkswort Ihre Politik jämmerlich zusammen. (Sehr wahr bei den Soz.) Welchen Wahlkreis haben Sie noch im ganzen Reich, wo Sie hoffen können, besser abzukommen! In Niederbarnim stand gerade die Frage des russischen Friedensvertrages mit zur Entscheidung. Der Ausfall der Wahl hat gezeigt, daß die Masse will, daß, solange unser Land in Gefahr ist, wir auch die Mittel bewilligen, um die Verteidigung des Landes durchzuführen. (Sehr wahr bei den Soz.) Wären wir der Politik des Abg. Haacke gefolgt, die dieser schon am 4. August 1914 empfahl, so hätte der Krieg wahrscheinlich einen anderen Verlauf genommen. Das innerlich uneinige deutsche Volk wäre wahrscheinlich nicht entstanden, dem Ansturm der Uebermacht von Ost und West standhalten. Der russische Zar wäre an der Spitze seiner Soldaten in Berlin eingezogen. Was das für die demokratische Entwicklung Deutschlands und Europas bedeutet hätte, ist klar. Es hätte auch keine russische Revolution und Demokratie gegeben. Die Folgen der Politik des Abg. Haacke wäre also die Aufrechterhaltung der zeitlichen Despotie gemein. (Sehr wahr bei den Soz.) Wir hätten hier Friedensverträge bekommen, in denen Deutschland die Rolle zu spielen gehabt hätte, die jetzt Rußland übernehmen muß. So wenig uns der russische Vertrag gefällt, freuen wir uns doch, daß ein solcher Vertrag nicht Deutschland aufgezwungen werden ist. (Sehr gut bei den Soz.) Das wäre die Folge der Politik des Abg. Haacke gewesen, und darüber haben die Wähler in Niederbarnim deutlich abgestimmt. Gehen Sie zu den „Unabh.“ diesen Weg weiter, so wird bei den nächsten Wahlen das Volk ein gewaltiges Volksgewicht über Ihre Politik abgeben. Wir gehen einem solchen Votum mit Vertrauen entgegen. Wir wissen, daß wir das Vertrauen des Volkes haben, denn die Politik der alten Sozialdemokratie ist die einzige, die bestehen kann vor den Interessen der deutschen Arbeiterchaft und den Interessen des deutschen Volkes. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Haacke („Unabh.“): Wir haben keinen Anlaß, gegen die rote Garde vorzugehen, die keine Raubbande, sondern eine reguläre Truppe ist. Früher stand die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt, daß Stimmhaltung ein Zeichen der Schwäche sei. Eine Ablehnung des Friedensvertrages würde nicht die Fortsetzung des Krieges bedeuten, sondern einen Frieden herbeiführen zum Heile der russischen Völker (Hört! hört! rechts) und des eigenen Volkes. Redner polemisiert schließlich ausschließlich gegen die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion.

**Scheidemann gegen Haackes Friedensablehnung**

**Abg. Scheidemann (Sozialdemokrat):**

Es ist eine eigenartige Methode des Abg. Haacke, nachdem er den ganzen Reichstag provoziert und Antwort erhalten hat, fort-dauernd von seinen Anhängern zu sprechen. Ich will jetzt feststellen, daß diese Art und Weise, sogar die bescheidensten politischen De-



### Der Friede im Osten

bedeutet leider noch nicht die Beendigung des Weltkrieges. Die weltgeschichtlichen Kämpfe im Westen werden erst das ungeheure Ringen um die Geschichte der Völker entscheiden. Mehr denn je braucht gerade jetzt jedermann eine Zeitung, die ihm ein beweisener Wegweiser in den Weltwirren und zugleich ein charaktervoller Vertreter der Volksinteressen ist.

**Der Wiederaufbau der Friedenswirtschaft** ist eine immer näher rückende, höchst wichtige und dringliche Aufgabe. Das Kapital arbeitet schon jetzt mit Millionenträften auf allen Gebieten, um seinen Einfluß gegen den staatlichen Schutz der Schwächern durchzusetzen. Da ist es doppelte Pflicht, nur eine Zeitung zu halten, für die einzig

**das Wohl des Volkes das höchste Gesetz** ist. Das kann nur eine Zeitung sein, die auf Grund ihrer sozialdemokratischen Weltanschauung bei der Entscheidung zwischen ausbeutendem Kapital und lebendig schaffender Arbeit grundsätzlich

**für das Recht der Arbeitenden** eintritt. Im neuen Quartal wird in hartem Ringen insbesondere über die Zukunft des preußischen Volkes und damit das politische Gesicht Deutschlands durch die

**Entscheidung über das freie Wahlrecht** grundlegend endgültig bestimmt werden. Volksrechte für die Verteidiger des Vaterlandes oder Vorrechte des Besitzes und der Kriegsgewinnler? So steht jetzt diese Frage! Deshalb darf niemand eine Zeitung unterstützen, die offen oder versteckt gegen das Volk und sein mit so ungeheurer viel Blut besiegeltes Recht auftritt. Deshalb muß jeder selbstbewußte Mann und jede einsichtsvolle Frau eine Zeitung abonnieren, die in völliger Unabhängigkeit niemand verpflichtet und in keiner Weise kapitalistisch gebunden ist. Daher muß jeder wahre Freund des Volkes und seiner Freiheit auch im neuen Quartal die

**Volkswacht**  
abonnieren!

### Denkt an die Sammlung

zur Förderung des Kampfes für Verständigungs-Frieden und gleiches Wahlrecht!

### Der Siegeszug des Frauenstimmrechts

Man hat ganz richtig gesagt, daß die Schlachten dieses Krieges wie an den Fronten auch in der Heimat geschlagen werden. Die alle Voraussicht überragenden Leistungen der Kriegsindustrien erweisen die Richtigkeit dieses Wortes. Gänzlich wäre der Krieg zu Ende, wenn nur in einem der kriegführenden Länder die erstaunliche Leistungsfähigkeit der Industrie nachgelassen hätte. Die Taten der Industrie wären nicht denkbar gewesen, ohne die größten und schwersten Opfer der Frauen. Ohne die niemals geahnte Anpassung der Frau an Arbeiten, die ihr früher durchaus fremd waren. Hätte man die Frauen aus den Werkstätten ausgeschaltet, die das Material für den Krieg geliefert haben, so wäre die kriegerische Kraft der Nationen längst erschöpft. Die englische Frau wie die deutsche Frau, das österreichische Mädchen wie das französische haben die Voraussetzungen geschaffen, daß der Krieg so lange dauern konnte und daß sich keine Nation besiegt zu erklären hatte.

Man hat oft die Einseitigkeit der politischen Rechte damit begründet, daß die Männer allein den Staat wahren und sichern, daß die Frauen dagegen diesen Schutz den Männern zu danken haben, aber für ihn kein Opfer bringen. Dieser Standpunkt ist nicht mehr aufrecht zu erhalten. Er war ja auch früher grundverkehrt und erspalsch. Selbst wenn wir es zulassen könnten, politische Rechte von militärischer Leistung abhängig zu machen, muß man der Frauen gedenken, die unter Schmerzen und unter schweren Gefahren für ihr Leben die Knaben gebären, die im Kriege ihr Leben in die Schanze zu schlagen haben. Deshalb hätten die Verfechter dieses Standpunktes neben den Soldaten zum mindesten den Müttern das Wahlrecht zuerkennen müssen. Beiden sind sie merkwürdigerweise verlag. Schon der alte griechische Dramatiker Euripides läßt die Medea den Frauen von Korinth zurufen: „Lieber geh' ich dreimal in die Schlacht, als daß ich einmal nur gebäre!“

Und Plato, der größte Philosoph des Altertums und ein Theoretiker des Staates, auf den man heute noch immer wieder zurückgreift, fordert, obgleich er die Frauen für das schwächere Geschlecht hält, das es im öffentlichen Leben nicht weit bringen werde, für die Frauen völlige Teilnahme an den Rechten, Kenntnissen und Pflichten der Männer.

In England wurde den Frauen, die viele Jahre hindurch mit den schärfsten Mitteln und ganz vergeblich den Kampf um die politische Gleichberechtigung führten, in der Zeit des Krieges fast kampflös das Stimmrecht gewährt. Seit einigen Tagen besitzen sechs Millionen englische Frauen, die über 30 Jahre alt sind, das gleiche Wahlrecht wie die Männer. Das Unterhaus beschloß diese Reform mit 329 gegen 40. Das Oberhaus mit 134 gegen 69 Stimmen. Die schärfsten Gegner haben den Widerstand gegen die Neuordnung des

Wahlrechts in England, so gegen die Ausdehnung des Stimmrechtes auf die Frauen aufgegeben, weil bei der gewaltigen Anstrengung des Volkes und insbesondere der Frau während des Krieges, dieser Widerstand nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Die Gegner des Frauenstimmrechtes mußten die Waffen strecken vor den in der Kriegsindustrie wirkenden Millionen Frauen. Das englische Volk empfand die Gewährung des Frauenstimmrechtes vor allem als eine Kriegsnotwendigkeit. Bei uns wird es noch immer mit den alten und falschen Einwendungen abgewiesen.

In Deutschland wirkten während des Krieges, von der Landwirtschaft ganz zu schweigen, wo das Verhältnis noch viel deutlicher in Erscheinung tritt, mehr Frauen und Mädchen als Männer und Jünglinge in Industrie, Verkehr und Handel. Am 1. Oktober 1917 wurden gezählt 4 008 588 männliche, jedoch 4 257 264 weibliche Mitglieder der Krankenkassen. Je länger der Krieg dauert, um so mehr wird sich die Zahl der männlichen Beschäftigten verringern, die der weiblichen dagegen erhöhen. Wir müssen damit rechnen, daß die vom Standpunkt der Unternehmer nur zu guten Kriegserfahrungen mit der Frauenarbeit eine dauernde Grundlage unseres ganzen künftigen Erwerbslebens werden dürften.

Man hat zum Vaterländischen Hilfsdienstgesetz für die Männer in manchen Bezirken, ohne den Reichstag zu bemühen, eine Hilfsdienstpflicht für Kriegserfrauen geschaffen. Es hat auch sonst nicht an moralischen und sonstigen Einflüssen gefehlt, um zahlreiche Frauen, die sonst niemals Veranlassung gehabt hätten, erwerbstätig zu sein, zur Stärkung der Kriegsindustrien in die Fabriken zu führen. Die Universitäten haben einen merkwürdigen Druck auf die Studentinnen ausgeübt, damit sie ihr Studium unterbrechen und Fabrikarbeit übernehmen. Auch sonst haben zahlreiche Frauen teils freiwillig, teils Aufforderungen folgend, ihr Heim verlassen, um in der Fabrik zu arbeiten, obgleich eine wirtschaftliche Nötligung hierfür nicht vorgelegen hat.

So ist es nicht erstaunlich, daß heute nicht bloß einzelne Frauen und Frauvereine, wie in den letzten Jahren vor dem Kriege, die Forderung erheben, daß den Frauen die gleichen politischen Rechte eingeräumt werden wie den Männern. Die herrschenden Klassen wollen hiervon nichts wissen. Sie vergessen, daß die Schlachten zur Entscheidung des Krieges auch in der inneren Politik geschlagen werden müssen. Es ist nicht gleichgültig, ob Deutschland und seine Einzelstaaten den demokratischen Forderungen, die während des Krieges in der ganzen Welt erhoben werden, überhaupt nicht, oder nur widerwillig und zögernd, nur gegen erhebliche Zugeständnisse an die reaktionären Gewalten Rechnung tragen wollen oder nicht. Es ist auch für den Krieg nicht nebensächlich, wie sich die Verhältnisse und die Entwicklung in unserer Heimat ab-

# Kaufe mit Kriegsanleihe!

Bei Verkäufen und Versteigerungen aus Beständen der Heeres- und Marineverwaltung, die für Kriegszwecke nicht mehr gebraucht werden, kann die Zahlung an Geldes Statt durch Hingabe von Kriegsanleihe geleistet werden. Diese Vorschrift erstreckt sich auf alles, was bei der Demobilisierung zur Abgabe an die Bevölkerung frei wird, also insbesondere auf Pferde, Fahr-

zeuge und Geschirre; Feldbahngerät, Motorlokomotiven und Kraftfahrzeuge nebst Zubehör; Futtermittel und sonstige Vorräte; landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Werkzeug; Fabrikeinrichtungen mit den zugehörigen Maschinen und Geräten; Eisen, Stahl und andere Metalle; Holz und sonstiges Baumaterial; Webstoffe und Rohstoffe aller Art.

**Käufer, welche die Bezahlung in Kriegsanleihe leisten, werden bei sonst gleichen Geboten bevorzugt.**

Die Kriegsanleihe wird zum vollen Nennbetrage angerechnet und bis zur Höhe des Kauf- oder Zuschlagspreises in Zahlung genommen. — Als Kriegsanleihe in diesem Sinne gelten sämtliche

5%igen Schuldverschreibungen des Reichs ohne Unterschied sowie die seit der 6. Anleihe ausgegebenen 4 1/2 %igen auslosbaren Schatzanweisungen.

**Also: Nur die Kriegsanleihe, nicht der Besitz baren Geldes, bietet Sicherheit dafür, daß der Landwirt und der Gewerbetreibende nach Friedensschluß das, was er braucht, aus dem frei werdenden Kriegsgerät erwerben kann.**

# Gei flug und — zeichne!



haben von denen in den feindlichen Ländern. Die Behauptung von mehreren vortrefflichen verfassungsmäßiger Zuständen und der Rückständigkeit der Westmächte verfährt nicht bei den Massen des Volkes. Immer mehr Anzeichen finden sich, daß das politische Interesse der Frauen während des Krieges bemerkenswert zugenommen hat und nicht mehr hinter dem der Männer zurückbleibt.

Während in Preußen der Wahlscheitern, den der König in der Osterbotschaft verheißt hat, mit einer gewaltigen Machtverlagerung des Herrenhauses beschwert wurde. Während feil die Verfassungsreform den äußersten Schwierigkeiten begegnet, hat man in England den Notwendigkeiten des Krieges durch eine weitgehende Ausdehnung des Wahlrechtes mit parlamentarischer Klugheit Rechnung getragen. Auch in England denkt man nun an den Krieg. Lloyd George sucht vielleicht die demokratischen Reformen im Bande, nicht zuletzt die Einführung des Frauenstimmrechtes, als eine gewonnene Schlacht, die er der Deutschen Vaterlandspartei geliefert hat. Wie dürfte er sich freuen haben, als er die traurigen Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus über die Anträge zur Frauenfrage gelesen haben wird. Als er erfährt, daß die ausschlaggebende konservative Partei gegen jedes Zugeständnis auf dem Gebiete des Frauenstimmrechtes sei und daß selbst die Zulassung der Frauen in den sozialen und Schulausschüssen der Gemeinden im gegenwärtigen preussischen Abgeordnetenhaus schwer durchzusetzen sein dürfte.

Die Rückständigkeit Preußens — in den anderen Bundesstaaten ist es nicht besser — erkennt man am deutlichsten, wenn man die Stimmrechtsfrage in ihrer Entwicklung während des Krieges bei uns zu Lande vergleicht mit dem, was in anderen Ländern nun rechtens werden soll. In fast allen Schweizer Kantonen kam im verflochtenen Jahre das Frauenstimmrechtsproblem in Fluß. In Holland sind die Frauen wählbar, aber nicht wahlberechtigt, doch sollen sie demnächst die volle politische Gleichberechtigung gemahnt erhalten. In Dänemark nahmen an der Volksabstimmung über den Verkauf der dänischen Antillen die Frauen wie die Männer teil. In England ist die volle Gleichberechtigung der Frauen zur Tatsache geworden. Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika hat mit 272 gegen 136 Stimmen den Antrag angenommen, den Frauen das Stimmrecht zum Parlament der Vereinigten Staaten zu gewähren. Da die zur Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit somit gesichert ist, so hat der Senat zu dem Scheitern der Stellung zu nehmen, der in dem Präsidenten Wilson einen warmen Befürworter hat. Auch in Frankreich hat das Frauenstimmrecht Aussicht, während der Krieges der Bewirtlichung entgegengeführt zu werden. Die schwedische Regierung legte erst dieser Tage dem Reichstag eine Vorlage über das Frauenstimmrecht und die Wählbarkeit der Frauen vor, die mit den Männern vollkommen gleichgestellt werden sollen.

Die Frauenorganisationen Deutschlands, die sozialdemokratischen und die bürgerlichen, haben gemeinsam einen Aufruf für das Frauenstimmrecht erlassen. Aber die Regierungen und die reaktionären Mächte in Deutschland wollen von dieser bringlichen und trotz des Krieges leider noch nicht zum wohl-erworbenen Recht gewordenen Wahlrechtsforderung der Frauen nichts wissen. Die deutschen Regierungen hätten allen Anlaß, der Welt zu beweisen, daß die ihnen vorgeworfene Rückständigkeit zu einer Fabel geworden ist.

Leider lassen Herffing und Meyer auf diesem Gebiete Lloyd George siegen. Man will ihm diesen Sieg nicht streitig machen.

# Die „unabhängige“ Katastrophe von Nieder-Barnim

Ist in der Stichwahl am Dienstag geradezu vernichtend vollendet worden. Die Politik wie die politische Moral der „unabhängigen“ ist dabei unter dem unbestechlichen Volksgericht der Reichstagswahl endgültig zusammengebrochen.

Nach dem uns vorliegenden Resultat erhielt Genosse Wissek gestern 25 233 Stimmen. Der „unabhängige“ Dr. Brechtel erlangte nur 252, während 388 Stimmen unglücklich waren. Dieses Ergebnis bedeutet die restlose Zerschmetterung der „unabhängigen“, die dreifach verdiente Strafe für ihren Arbeiter- und Volksverrat. Wer da weiß, wie schwer es ist, die Massen der Wähler an die Urne zu bringen, wenn anschließend ein Gegenkandidat steht, der muß den stolzen Triumph der Sozialdemokratie vom 26. März noch über den vom 14. März stellen.

Ein Wählerheer von 25 233 Mann opfert in solchem Maße nur dann Zeit, Lohn usw., wenn ihm die Zustimmung viel mehr als nur die Wahl eines neuen Abgeordneten bedeutet. An dem Tage, da die Friedensfeindlichkeit der Entente im Westen die leider notwendige Antwort erhielt, wollten die Berliner Wähler die Friedenswerttreiber der „unabhängigen“ mit voller Absicht ebenso vernichten, kressen! Deshalb bekamen sich diese 25 000 Mann in einer wahren Demonstration des Volkes für die Landesverteidigungspolitik der Sozialdemokratie! Deshalb gingen sie zur Wahl um der Sozialdemokratie das Vertrauen der Massen zu bekunden. Dieses Urteil des Volkes, das lebendig mit Heimat und Herz bei allem entschlossenen sozialistisch-demokratischen Willen erwachsen ist, sollte aber auch manchen schwanfenden Politiker in der Sozialdemokratie ernstlich zu denken geben! Auch der sozialdemokratische Arbeiter will nicht siebengehelt aussehende Rabulistik. Er will Volkspolitik, er will Sozialismus, der Tat, aber nicht der Phrase!

Für das beispiellos glänzende Wahlergebnis ist die teilweise zustimmende Stellungnahme der bürgerlichen Parteien praktisch so gut wie bedeutungslos. Für Wissek haben sich auch nur die Fortschrittler erklärt. Auch die Nationalliberalen beschlossen Wahlenthaltung und nur in Lichtenberg beschlossen sie anders.

Die „schlame“ Ueberrumpfungstaktik der „unabhängigen“, ein echter Advokatenkniff, hat graulich Schiffbruch erlitten. Außerlich beschlossen sie Wahlenthaltung, um im geheimen um so mehr für die Stimmabgabe zu wählen. Gar kein Raß kannten sie in der Verdächtigung der Sozialdemokratie wegen der Zustimmung zum Offrieden und den neuen Kriegskrediten. Der arme Fürst Bismarck wurde von ihnen als unschuldig vergewaltigtes Friedenslamme geradezu zu Tode geschleift. Deutschlands Schuld am Kriegsausbruch wurde mit solcher Sicherheit zum tausendsten Male enthüllt, um endlich die „Regierungs“sozialisten unter der Verachtung des Volkes zu begraben. Die „Leipziger Volkszeitung“ tat ungeheuer stolz auf die Bezeichnung der „unabhängigen“ als „die deutsche Partei“. Und nun hat alle geheime Wühlerlei, alle Flugblatt- und Enthüllungsscheu und die „revolutionäre“ flammende Rede von 18 892 Wählern der Hauptwahl gerade noch 252 an die Urne gebracht! Selbst wenn es 2500 gewesen wären, hätten sie nur bestätigt, daß die „unabhängigen“ am 14. März so geschlagen worden sind, daß sie den neuen Waffengang gar nicht mehr wagen konnten, weil ihre Wähler vor dem überraschenden Erfolge der sozialdemokratischen Offensive in hellen Häufen das Weite gesucht haben. Die betrogenen Wähler der „unabhängigen“ haben gestern an den Feinden der Arbeiterzeitschrift, an denen, die das deutsche Volk in seiner tiefsten Not gewissenlos zerrissen haben, furchtbare aber wohlverdiente

Rache genommen. Ein Volk in Not läßt sich nicht auf die Dauer von ehrgeizigen politischen Advokaten mißhandeln!

So gewinnt der stolze Sieg des Genossen Wissek eine besondere Bedeutung. Im dreifachen Feuer gehärtet ist darin die Richtigkeit der sozialdemokratischen Verteidigungs- und Friedenspolitik bestätigt. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg auch in der Zukunft!

## Danziger Nachrichten

### Der Brief an den Vater

In der Küche, dem einzigen geheizten Raum, hocken sie alle um den großen eckigen Tisch. Die Großen sitzen, wie es sich für die halberwachsenen Geschwister geziemt, auf den Stühlen; die Kleinen knien auf den Schenkeln, denn sonst reichen sie schlecht an den Tisch.

Die Mutter, die erst abends von der Arbeit heimkommt, hat dem ältesten Mädchen aufgetragen, nach Verrichtung der notwendigen kleinen Hausarbeiten mit einem Brief an den im Felde befindlichen Vater zu beginnen. Zu solcher Arbeit lassen sich die Kinder niemals lange bitten. Und selbst die Kleinsten, die noch lange nicht das schulspflichtige Alter erreicht haben, wollen auch „schreiben“. Die Kleinsten weiß aus Erfahrung, daß es nur dann Ruhe gibt, wenn jeder seinen Willen bekommt. Und so hat sie jedem der beiden Kleinen ein Stück Papier und einen Bleistift gegeben, damit sie dem Vater „schreiben“ können.

Sie selbst hat ihren Briefteil bereits fertiggestellt. Sie hat dem Vater alles Wissenswerte aus dem Haushalt mitgeteilt, hat ihm über ihr eigenes und der Geschwister Ergehen geschrieben. Sollte sie etwas vergessen haben, so wird es die Mutter sicherlich nachholen. Jetzt führt der siebenjährige Bruder die Feder. Mit großen eckigen Kinderbuchstaben schreibt er immer noch gleiche. Die Schwester weiß das und lächelt allklug über diese Eintönigkeit. Den Bruder läßt sie aber von ihrer Ueberlegenheit nichts merken. Sie achtet nur darauf, daß er richtig schreibt und keine Tintenlecke macht; denn das macht die Mutter immer böse. Die Kleinsten kriechen noch immer mit ihrem Bleistift auf dem Papier hin und her. Sie sind sich der Wichtigkeit ihrer Korrespondenz wohl bewußt und fragen am nächsten Morgen unweigerlich die Schwester, ob die Mutter auch wirklich nicht vergessen habe, „ihre“ Briefe dem Schreiben an den Vater beizulegen.

So sitzen die Kleinsten, bis die Sonne sinkt. Ganz still ist es in der Küche. Nur ab und zu wird diese Ruhe unterbrochen, wenn eines der Kleinsten laut mitteilt, was es alles dem Vater geschrieben habe. . . .

### Der Gesangverein „Sängergruß“

veranstaltet am 1. Osterfeiertag im Steppuhnschen Lokal im Schödlitz einen Unterhaltungsabend. Das Programm setzt sich aus Konzert und Gesangsvorträgen zusammen. Eintritt haben Mitglieder und Freunde des Vereins.

### Der Wahlrechtsantrag

des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt, der in Nr. 11 der Volkswacht veröffentlicht ist, hat in der Stadtverordnetenversammlung eine recht würdevolle Erledigung erfahren. Stadtverordneter H a r i m a n n stellte den Antrag, die Eingabe des Magistrats als M a t e r i a l zu überweisen. Er stellte fest, daß bei dem jetzigen Kommunalwahlrecht Ungerechtigkeiten bestehen, die beseitigt werden müssen. Diese haben bisher dazu beigetragen, daß größere Teile der Bevölkerung ohne Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung sind. Der christliche Gewerksbeamte G a l o w s k i erkennt nicht, daß einige berechnete Forderungen in der Eingabe enthalten sind. (Wie

## Entlassene!! Reklamierter!! Zur Arbeit Verurteilt!!

Verfehlt nicht, eure Mitleidigkeit bei der Partei wieder anzumelden und zu erkennen!

## ... Kämpfen lern' ich ohne Hassen

... Kämpfen lern' ich ohne Hassen, glühend lieben und anhängen, und des Todes Wonne schmecken, Wenn Bartholomäus Nieder klingen; Wenn sie jäheln, Leben schmitternd, daß die Gefassen Größer klingen, und ein blauschwarz Lammeln wuschel über allen Strüßen. Wenn sie jäheln, hie' ich ruffen Menschenwillens heilige Speere, und besiegt zum Abgrund, heulend, lächeln die Dämonenherre. —

Rikofaus Senau.

## Ein hartes Los

Von Heinz Hubert Sturmbränger.

Es ist Mittagspause. In Scharen strömen Männer und Frauen dem Ausgang der Fabrik zu. Ein Teil begibt sich nach der nahe gelegenen Wohnung, um dort sein Essen zu verzehren. Ein anderer geht in den Speisesaal, dort seine Kriegsküche zu empfangen. Einige, soweit sie ihr Essen nicht mitgebracht, die Partie es auch nicht zuläßt, daß sie nach Hause gehen, erhalten dasselbe von der Frau oder Mutter gebracht. Die Maschinenarbeiter mit ihrer nötigen Hilfe haben die durchgehende Arbeitszeit, das heißt die „Rückständige“. Eine kurze Pause zum Essen der Arbeiterinnen gewinnen sie sich kaum. Der Arbeitgeber will unter allen Umständen eine möglichst große Ausnutzung der Maschinen, und mithin auch der sie bedienenden Arbeitskraft. Der Profit ist hier der maßgebende Faktor.

Der Schwarm hat sich verlaufen, nur für einige ist das Essen noch nicht angelangt. Sie warten geduldig, es wird heiß kommen. Auch einige Frauen stehen noch und warten. In ihrem Arbeitsanzug stehen sie drängen. Eine Linie, genau wie die männlichen Kollegen sie tragen, nur durch einen Gürtel um den Hüften gehalten; die Hose ist eine anstößigende Kniehose und gibt dadurch die Waden frei. So steht er aus, der Arbeitsanzug der Frauen. Die allmähliche Stoffschonheit schenkt noch die kurzen Hosen bedingt zu haben. Um im Winter nicht so sehr der Kälte ausgesetzt zu sein, ziehen einige Frauen eine lange, abgetragene Hose ihres Mannes oder Bruders über ihre Anzüge.

Die Vorübergehenden, soweit sie nicht Arbeiter sind, ahnen nicht, welche schwere Arbeit von diesen Frauen mit den Kniehosen geleistet wird. Sie werden als Kranführerinnen, Hammerführerinnen in den Stahlwerken, Gießereien und selbst als Hocharbeiterinnen verwendet, mitunter den ganzen Tag dem Wetter ausgesetzt.

Jetzt kommen auch die „Arbeitslosen“ mit ihren Damen vom Spaziergang nach Haus. Sie mußten sich Hunger ergehen in der frischen Morgenluft. Ihr Essen ist zur bestimmten Stunde fertig. Friedensware, die Mittel erlauben es. Das Hilfsdienstgesetz kann diese Sorte von „Arbeitslosen“ nicht lassen. Sie sehen sich die Frauen in ihrem Arbeitsanzug an und lachen darüber.

Eine Arbeiterin steht mit einem Kollegen zusammen, ihr Essen ist noch nicht angekommen. Dem schwarz beruhten Gesicht des Arbeiters sieht man es nicht an, daß er eifriger Agitator der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ist. Sie betreibt bei den Frauen dieselbe Tätigkeit mit stichlichem Erfolge. Ueber größtmögliche Verbreitung ihrer Presse unterhalten sich beide, dabei achten sie nicht darauf, was weiter um sie vorgeht. Sie war eine wohlgebauete Frau. Ihr Mann ist dem zweiten Mobilmachungstage im Felde. Einmal, vor wenigen Monaten, war er in Urlaub gewesen. Ihre drei Kinder, von denen das älteste fünf, das kleinste noch nicht ganz ein Jahr alt war, versorgte ihre alte Mutter, bei der sie noch wohnte. Der Vater war Analste und konnte sonst nichts mehr machen, die meiste Zeit lag er krank zu Bett. Das Mark seiner Knochen und seine Jugendkraft hatte er der nahen Glashütte geopfert. Bis er alt geworden. Zurücklegen können hatte er nie etwas. So schlecht wurde die schwere Arbeit bezahlt. Es reichete immer nur kaum zum Leben. Hätten die Eltern jetzt die Tochter nicht bei sich gehabt, sie hätten längstam verdingern müssen, so hätte man sich recht und leichtlich durch.

Jetzt unterbrechen beide ihr Gespräch über Agitation. War nicht der wohlgenährte Mann mit seiner spindeldürren, trippelnden Frau schon zweimal an den beiden vorbeigegangen, dabei die Arbeiterin kühn ansehend. Das Ehepaar bog jetzt wieder zurück, ging bis zu den Kantoren der Fabrik und drehte wieder um.

„Famz Augenblick“, sagte der Kollege, ging erglos hinter dem Ehepaar her, von dem Gespräch etwas zu erlauschen. Er sollte bald wissen, was beide bewogen, auf und ab zu gehen. Erst hatte die Frau über die Arbeiterin in der Hölse geklickt, jetzt schien sie zu merken, daß ihr Gatte mehr Aufmerksamkeit der Arbeiterin, mit der Hölse widmete. Die wohlgebauete Figur der Arbeiterin schien im besten zu stehen, wie seine Hypothese. Diese die ertere frei gewesen, er würde sich sicher nicht lange

bedacht haben. Die Gattin konnte endlich ihren Unmut nicht mehr verhehlen.

„Wie oft willst du denn hier noch auf und abgehen, ich denke, wir gehen jetzt weiter oder fahren, dort steht die Elektrische“, frug sie unwillig.

Er bekam einen roten Kopf und ging endlich weiter, die Arbeiterin noch einmal verstohlen ansehend.

Die Frau des Kollegen brachte jetzt Essen, er grüßte und begab sich an seine Arbeit. Das Essen verzehrte er an keiner Maschine.

„Wo nur die Mutter heute bleiben mag, sie kam doch sonst nicht so spät?“

Auf der gegenüberliegenden Seite der Straße kamen jetzt einige Damen mit ihrem Kodelschitten nach Haus, auch sie hatten Hunger. Sie blieben stehen und sicherten, als sie die Arbeiterin in ihrem Anzug sahen.

„Man hört aber doch alles das, die ist ja nicht mal rein gewaschen und dabei die „gemeine“ Kleidung, ich kann es nicht begreifen, daß es etwas geduldet wird“, sagte die im weißen Sweater.

„Ja, es ist unerhört, mit solchem Anzug auf die Straße zu gehen. Radeln wir heute nachmittags wieder oder sehen wir mal aus?“, frug die Blonde.

„Heute nachmittags müssen wir uns ausruhen, denn ich bin wirklich müde, mir würden uns nur unnötig anstrengen. Dort auf der anderen Seite kommt mein Bruder und noch ein anderer Herr, wenn sie uns sehen, werden sie wohl herüber kommen“, meinte die eine.

Die beiden Herren dachten nicht daran, auf die andere Seite zu gehen, die Arbeiterin hatte für sie viel mehr Interesse wie die beiden Damen.

„Nach fünf Tage und endlich werden wir der einjährigen Kompagnie zugeteilt werden“, sagte der eine.

„Und in fünf Monaten hoffe ich Leutnant zu sein, dann brauchen wir wenigstens unsere alten Herren nicht mehr um einige Groschen Sonntagsgeld anzuhallen. Mit dem Gehalt, ich glaube, es sind über dreihundert Mark, läßt sich schon leben. Wir kommen eigentlich recht gut ab, im Frieden hätten wir wenigstens vier Semester mehr haben müssen, das Notexamen wird ja nicht so schwer gemacht“, sagte der andere.

„Sieh dir bloß mal das Mädel dort in der Hofe an, ein strammer Bürsche, einfach großartig.“

Martha ging jetzt an den beiden vorbei auf die andere Seite, wo die Mutter eben mit dem Essen ankam.

„Ich bin heute lange geblieben, Vater kann wieder nicht gehen, die Beine sind ihm steif vor Gicht. Dann ist das kleine Mädchen auch krank, ich habe es den ganzen Tag im Bett tragen müssen.“



gültig. R. B.) Was er nicht anerkennt, ist, daß für Kinder (1) und Frauen das Wahlrecht gefordert wird. Der konservative Brünzen gratulierte den Wahlrechtsfreunden, wenn jugendliche Frauen und Männer vor 20 Jahren wählen dürfen. Der Antrag Hartmann wurde mit 21 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Für ihn stimmten wirklich liberale Stadtverordnete und die Arbeitervertreter. Bei der Abstimmung für den Antrag konnte Herr Schade sich nicht enthalten, seine Glöster über die Wahlrechtsfreunde zu machen. Aufstiege, daß die Stadtverordneten Dr. Herrmann, Dr. Fehrmann, v. Brzeziński, Marz, Jander, die vorher im Saale anwesend waren, bei der Abstimmung fehlten. Mit Schade stimmten Kamalki und alle schwarz-blauen Vertreter gegen den Antrag Hartmann.

Die Behandlung des Wahlrechtsantrages und die erfolgte Abstimmung ist kein Ruhmesblatt für den Danziger Freisinn. Hier hätte er zeigen müssen, daß es ihm ernstlich darum zu tun ist, auch für die Kommune das gleiche Wahlrecht schaffen zu helfen. An eine große politische Debatte glaubten wir freilich nicht. Aber wir nahmen doch an, daß der Antrag eine, seiner Wichtigkeit entsprechende, sachgemäße Behandlung erfahren würde. Von den Arbeitervertretern sprach nur der christliche Gaiowski ein paar Worte für und gegen den Antrag. Die andern schwiegen. Hatten sie dazu rein gar nichts zu sagen?

Dieser ganze Vorgang zeigt der sozialdemokratisch denkenden Arbeiterschaft recht deutlich, daß sie von dieser Stadtverordnetenversammlung nichts Gutes zu erwarten hat. Diese Versammlung wird sich in ihrer jetzigen Zusammensetzung nie für das gleiche Wahlrecht erklären. Aber trotzdem wird auch in diese alte reaktionäre Hochburg Bresche gelegt werden. Diese Aufgabe zu erfüllen bleibt der sozialdemokratisch denkenden Danziger Arbeiterschaft vorbehalten und sie wird sie lösen, dessen sind wir sicher.

### Reorganisation des Gewerkschaftskartells

Das Danziger Gewerkschaftskartell gab sich in zwei kurz aufeinanderfolgenden Sitzungen neue Satzungen und eine neue Leitung. Die Vertretung der einzelnen Zweigvereine im Kartell wurde in mehrfacher Abstufung so geregelt, daß jede Gewerkschaft bis 100 Mitglieder 1, bis 300 2, bis 600 3, bis 900 4, bis 1200 5, bis 1800 6, bis 2400 7, bis 3000 8 Delegierte wählt und für jedes weitere 1000 Mitglieder 1 Delegierter mehr gewählt wird. Der Beitrag wurde pro Mitglied und Quartal auf 12 Pfennig festgesetzt. Der Ausschuss des Kartells besteht aus fünf Personen. Nach dem Genosse Jäpel den Jahresbericht über die Tätigkeit des Kartells und des Arbeiterssekretariats und Genosse Krüger den Kassensbericht erstattet hatte, wurde der Ausschuss neu gewählt. Jäpel lehnte den Vorsitz wegen Ueberbürdung mit anderen Arbeiten ab. An seiner Stelle wurde Krüger gewählt. Die Kassengeschäfte übertrug die Versammlung Jäpel, der auch die Kasse des Arbeiterssekretariats verwaltet. Als zweiter Vorsitzender wurde Arcynski, als Schriftführer Keel und als Beisitzer Grewe gewählt. Der Jugendausschuss wurde durch die Genossen Haf, Scymanski und Frau Leu ergänzt.

Von der Befehung der bisher vom Kartell innegehabten Sige im Bildungsausschuss wurde wegen der durch die Parteipaltung verursachten schwierigen Verhältnisse Abstand genommen. Diese Plätze werden nunmehr von der Sozialdemokratischen Partei besetzt werden, bis die Verhältnisse wieder eine gemeinsame Bildungsarbeit ermöglichen. Die Kinderbeschulungskommission wurde als aufgelöst erklärt und ersucht, mit dem Kartellkassierer abzurechnen. Später soll eine neue gebildet werden.

Der Jahresbericht des Gewerkschaftskartells und der Bericht des Arbeiterssekretärs sollen in der Volkswacht veröffentlicht werden.

„Ja, die Nacht war es schon so unruhig, das Kind ist auch recht schwach, es mußte zu früh entwöhnt werden, was wollten wir machen, die Arbeit muß ja vorgehen.“

„Ihre Milch hat sie noch nicht halb getrunken, die beiden anderen sind beim Vater im Schlafzimmer.“

„Geh doch lieber mal zum Arzt, Mutter, dann wissen wir wenigstens, was der Kleinen fehlt.“

„Ich werde heute noch hingehen, aber jetzt mache schnell, daß du dein Essen verzehrst, es ist schon ein Viertel nach zwölf und in fünfzehn Minuten mußt du schon wieder anfangen.“

„Soll ich nicht lieber mit nach Hause gehen? Mir bangt um das Kind.“

„Arbeitslieber, um acht Uhr bist du ja doch zu Haus, dann ist ja auch vielleicht der Arzt dagewesen. Seht gehe aber schnell, sonst hast du nicht mal Zeit zum Essen.“

Martha ging hinein, ihr Essen würdte sie sich hinunter. Nur an eines dachte sie, an ihr Kind. Das Leben hatte ihr noch nichts Schönes geschenkt. Gewiß, als der Gatte noch zu Haus war, war es anders gewesen. Im Ueberfluß würde sie nie schweigen, das wußte sie. Als das erste Kind kam, waren sie eben notdürftig eingerichtet, und doch waren sie glücklich. Das zweite hatte sie im ersten Kriegsjahr geboren. Wie war ihr Gatte so froh gewesen, als er in Urlaub kam und wie ungern ging er wieder fort, von seiner Frau und seinen Kindern. Als er sie zum Abschied küßte, sagte sie ihm noch etwas leise ins Ohr, die Mutter sollte es nicht hören, er drückte sie noch einmal an sich, dann weinte sie still. Dann kam das dritte, ihr Schmerzenskind. Sie hoffte, der Vater würde wieder in Urlaub kommen, wenn es geboren würde, vergebens. Aus militärischen Gründen Urlaub zu verlagern, lautete die Antwort auf ihr Befehl. Nach einigen Wochen nahm sie die Arbeit wieder auf. Vor einem halben Jahr sollte er endlich kommen, doch da wurde sein Regiment nach Frankreich verlegt und der Urlaub wurde wieder verschoben. Seht hatte sie seit vierzehn Tagen keine Nachricht von ihm erhalten. Das Zeichen zum Beginn der Arbeit wurde gegeben. Martha begab sich an ihre Drehbank. Der Krieg hatte dieses schwere Los über sie verhängt. Wovon sollten ihre Kinder, ihre Eltern und sie selbst leben? Die Unterstützung reichte lange nicht für das Notdürftigste. Sie drehte Granaten zur Vernichtung der Feinde. Ja, der Feinde, dabei hat sie nicht gedacht, daß sie Feinde hatte.

Die Gedanken waren verfloren, denn der Meister ging jetzt an den Drehbänken vorbei. Martha war fleißig und heute wollte sie besonders viel Granaten drehen. Die Kinder brauchten Kleider und die waren jetzt nicht billig. Die Arbeit klappte jedoch heute gar nicht. Kaum, daß sie so viel machte wie sonst. Ihre Gedanken waren ja nicht bei der Arbeit. Ihr Kind, sie konnte den Gedanken nicht los werden.

### Wegen eine Neuorientierung

auf wirtschaftlichem Gebiete, macht etwas verspätet der Verband Ostdeutscher Industrieller mobil. In seiner letzten Vorstandssitzung äußerte der Vorstand erhebliche Bedenken gegen das geplante Arbeitskammergesetz, dessen Entwurf demnächst dem Reichstage zugehen wird.

Eine freundliche Stellungnahme zu diesem Gesetz haben wir, aufrichtig gestanden, von dieser organisierten Interessengruppe, ostdeutscher Scharfmacher wirklich nicht erwartet. Diese Kreise können es eben nicht vertragen, daß den Arbeitern eine gesetzliche Vertretung für die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen gegeben wird. Die Herren im Verband Ostdeutscher Industrieller können sich eben immer noch nicht an den Gedanken der Gleichberechtigung gewöhnen. Sie fühlen sich noch zu sehr als die „Herren im Hause“, die nur zu befehlen, während die Arbeiter zu gehorchen haben, daß sie jetzt mit vielen von auswärts nach dem Osten zur Arbeit abkommandierten Arbeitern zu rechnen haben, denen höhere Löhne und bessere Einrichtungen in den Fabriken gewährt sind, können diese Fabrikherren nicht gut vertragen. Deshalb wünschen sie auch die Entlassung der Arbeiter bei der Demobilisierung in ihre Heimat; übrigens ein Wunsch, den die vom Westen nach dem Osten verschiften Arbeiter auch haben werden.

Daß der Verband Ostdeutscher Industrieller gegen die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung ist, wie er selbst feststellt, setzen wir bei dem ausgeprägten reaktionären Charakter dieses Verbandes als selbstverständlich voraus.

Aber trotz des von dieser Seite geübten Widerstandes, wird das Arbeitskammergesetz und die Befreiung der gefährlichsten Ausnahmebestimmung in der Gewerbeordnung, § 153, demnächst Tatsache werden.

*Nicht um Meid und  
Lohn, auf Gold gefoßt,  
zum Ringen.  
Mar. Kujaw.  
18.1.18.*

**Charitativ:** Danzig, Reilbahn 2, Dienstag, Freitag 9-12; Caim, Graudenzstraße 10; St. Elias, Markt 23, Montag 12-1; Elbing, Alter Markt 43, Mittwoch 10-11; Gynaz, Stadtsparkasse, werktäglich 9-1, 3-4; Königs, Hauptmarkt 1, werktäglich 8-1, 3-5; Marienburg, Hohe Lauben, werktäglich 9-1, 3-5; Neumarkt, Markt 53, werktäglich; Thorn, Seglerstraße 1, Freitag 9-1, 3-7; Sypol, Seelstraße 26.

**Goldmünzenumtausch** bei allen Postämtern. 89

„Die Frau als Mutter und Staatsbürgerin“ lautet das Thema, über das Genossin Juchacz-Berlin in 3 großen Frauensammlungen in der nächsten Woche in Elbing, Graudenz und Danzig sprechen wird. Genossin Juchacz ist Mitglied unseres Parteivorstandes und Redakteurin der Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“. Die Rednerin, die vor kurzem einen Vortrag in Danzig hielt, hat ihre damalige Aufgabe geradezu in glänzender Weise gelöst. Es ist also kein verlorener Abend, einer Versammlung unserer Genossin beizuwohnen. Klar und mit warmem Herzen spricht sie im Interesse der Frauen und Mädchen, die sich keine bessere Vertreterin

Endlich war es Feierabend, der Tag war ihr heute so lang geworden. Sie nahm sich nicht Zeit, ihre Kniehose auszuziehen. Den Rock zog sie darüber, nahm den Mantel und zog mehr, als sie ging, der Elektrischen zu. Wie fuhr der Wagen heute nur so langsam, es dauerte so lange bis sie an ihr Ziel kam. Endlich, endlich war sie da. Ohne sich auszuziehen, nahm sie ihr Kind. Die beiden anderen sah sie nur Sonntags, morgens schliefen sie noch und abends waren sie schon zu Bett. Der Arzt war noch nicht dagewesen, das Kind sah so verändert aus. Es drückte das kleine Köpfchen so fest an der Mutter Brust.

Die Mutter nahm ihr das Kind ab.

„So, nun zieh dich mal erst aus und esse etwas, das Kleine will auch schlafen.“

„Ich habe keinen Hunger.“

„Esst erst oder willst du auch krank werden? Du arbeitest überhaupt zu viel, das hält kein Mensch aus, erst die anstrengende Fabrikarbeit, dann fast jeden Abend hier noch bis zwölf Uhr und manchmal noch später. Wenn Vater wieder auf ist, sollst du es besser haben, dann kann ich die Sachen der Kinder flicken. Jetzt lege dich schlafen, um sechs Uhr mußt du schon wieder aufstehen.“

„Ich muß dem Jungen die Hufe noch etwas flicken, lege du dich nur so lange hin, wenn ich fertig bin, wecke ich dich, einer muß ja beim Kind wachen.“

Die alte Frau war bald eingeschlafen. Martha nähte die Hufe ihres Ältesten. Ihr Kind beobachtete sie unausgeseht. War das Gesichtchen nicht noch blässer geworden? Sie befühlte den Puls, er schlug bestig. Martha wachte die ganze Nacht bei dem Kinde. In früher Morgenstunde rief die Pflicht sie wieder zur Arbeit. Schwere Herzens begab sie sich dorthin. Wenn nur ihr Kind gesund werden würde. Wie würde sich ihr Gatte freuen, er würde sicher bald kommen. Vor vier Wochen hatte ihr Bruder, die einzige Stütze der Eltern, sein Leben lassen müssen. Der Vollstreifer einer Granate verwundete ihn so schwer, daß er auf der Stelle starb.

Martha arbeitete einige Stunden, dann ließ die Mutter sie ruhen. Sie ahnte nichts Gutes. Als sie zu Hause ankam, fand sie ihr Kind nur noch als Leiche vor, es hatte ausgeblutet. Es war an einem Sonntag, ihr Kind ruhte seit drei Tagen in dem kühlen Grab. Der Briefträger brachte Martha ein Schreiben, dann entfernte er sich schnell, der alte Mann.

„Endlich“, sagte sie und sank auf den nächsten Stuhl. Doch was war das, das war ja nicht die Schrift ihres Mannes, der kam nicht von ihrem Gatten. Mechanisch öffnete ihre Finger den Umschlag. Die Kompanie teilte ihr mit, daß ihr Gatte, einer der Tapfersten, auf dem „Feld der Ehre“ gefallen sei.

wünschen können. Unsere Genossinnen werden davon auch sehr überzeugt, alles tun, um diese Versammlungen imposant zu gestalten. Näheres ergibt sich aus dem Inhalt dieser Nummer.

### Die Entwertung der geistigen Arbeit.

In einer Versammlung, die der Bund technisch-industrieller Beamten am Samstagabend in der Aula der Oberrealschule abhielt, sprach Reichstagsabgeordneter Sielowicz über die „Entwertung der geistigen Arbeit“. Der Vortragende legte zunächst dar, welche gewaltigen Fortschritte die deutsche Technik gemacht habe und wie dies auch auf den Weltkrieg zuträfe. An Güte und Umfang hat die Industrie und die Zahl der technischen Beamten zugenommen. Nur eins hat mit dieser Entwicklung nicht annähernd Schritt gehalten, das ist die Organisation und die Bezahlung dieser Angestellten. Im Jahre 1912 erhielten 24 Prozent der technischen Beamten ein Gehalt unter 1800 Mark. Die jetzigen Kriegszulagen betragen nach einer Statistik nur 25 bis 30 Prozent, die Kaufkraft des Geldes aber ist um 100 bis 300 Prozent zurückgegangen. Bei den Arbeitern hat wenigstens in der Rüstungsindustrie eine ausserordentliche Lohnerhöhung stattgefunden, weil sie besser organisiert sind. Die Techniker und Arbeiter haben die Fortschritte ermöglicht, an deren Früchten man sie keinen Anteil haben läßt. Die kaufmännischen Angestellten sind noch ungünstiger gestellt. Ihr Durchschnittsgehalt beträgt noch nicht 1600 Mark. Redner wies dann darauf hin, daß das Industriekapital sich jetzt zusammenzieht und dadurch seine Macht noch weiter stärkt. Um so schwächer wird die Organisation der Arbeitnehmer, wenn da nicht eine ähnliche Zusammenfassung stattfindet. Nach der Statistik der Angestelltenversicherung hat auch der Gesundheitszustand der Techniker unter der schlechten Bezahlung gelitten. Die Arbeitgeberverbände haben schon im Jahre 1915 beantragt, die Zahlung für die Beköstigung der Kriegsgefangenen auf mindestens 1,80 Mark zu erhöhen, weil der bisherige Satz nicht ausreicht. Schlechter als die Kriegsgefangenen sollte man aber die technischen Beamten nicht stellen. Rechnet man aber dies Beköstigungsgeld in Gehalt um, so kommt auf eine viertköpfige Familie ein Gehalt von 4008 Mark. Dabei ist für zwei Kinder nur der halbe Beköstigungssatz eingekalkuliert. Redner behandelte dann besondere Forderungen. Die Arbeiterkammern stehen in Aussicht. Die Angestelltenausschüsse sind durch das Zivildienstgesetz eingeführt worden. Empörend sei es, daß einzelne Arbeitgeber die Mitglieder dieser Ausschüsse maßregeln. Ebenso unerhört sei es, das 16 Firmen der Berliner Metallindustrie geheime Konkurrenzklausele eingeführt. Bei einer erheblichen Vertragsstrafe solle die Freizügigkeit aufgehoben werden. Notwendig sei es, daß jeder Techniker organisiert ist, um die Kulturziele zu erreichen, die unserm deutschen Volke gestellt sind. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Aussprache, an der sich die Herren Möller, Buchholz, Rechtsanwalt Dr. Sachsenhaus, Fluhs, Meyer, Tillmanns und Sielowicz beteiligten. Von mehreren Seiten wurde darauf hingewiesen, daß sich nicht nur alle Techniker, sondern alle Angestellten mit allen Beamten und den Arbeiterorganisationen aller Richtungen zusammenschließen müßten, um nicht unterdrückt zu werden. Der Unterschied zwischen körperlicher und geistiger Arbeit sei nicht so groß und scharf, Arbeiter seien alle. Das Entscheidende müsse man betonen und das Lernende zurückstellen. Folgende Entschliessung wurde angenommen:

„Wir verlangen von allen staatlichen und privaten Arbeitgeber eine der Wichtigkeit unserer Tätigkeit angemessenes Gehalt und wirksamen gesetzlichen Schutz gegen jede öffentliche und geheime Beschränkung der Freizügigkeit. Außerdem verlangen wir für die Zeit der Teuerung ausreichende Teuerungszulagen, da alle heute üblichen, auch die beschlagnahmten Teuerungszulagen in Preußen und im Reich vollständig unzureichend sind.“

### Immer höhere Preise

verlangen weite Kreise der deutschen Landwirtschaft. In einen wollen der Kartoffelpreis erhöht haben, weil man sonst zum Körnerbau übergeht; die andern verlangen Erhöhung des Getreidepreises, weil man sonst zum Zuckerrübenbau übergeht; wieder andere wollen den Preis für Zuckerrüben erhöht haben, weil sonst Futterrüben bezogen werden. Und sind die Preise festgesetzt, dann hat man es mit der Ablieferung nicht gerade eilig, weil man weiß, daß man bei säumiger Ablieferung Lieferungsstrafen bekommt, was eine indirekte Preiserhöhung bedeutet. Neben den Lieferungsprämien für Kartoffeln gab es solche für Getreide. Seht ist wieder für Heu und Stroh eine Lieferungsprämie festgesetzt worden und so geht es weiter. Daneben verlangt die Landwirtschaft, daß die Lieferungs- bzw. Druschprämien festgesetzt werden, „um später erntende Bezirke nicht zu schädigen.“ Dabei hat die Lieferungsprämie nicht einmal mehr die gewünschte Wirkung. Der „Bayr. Kurier“ muß am 25. Februar sogar eingestehen: „Die vom Kriegsernährungsamt in die Presse gegebene Mitteilung über besondere Vergütung bei Ablieferung von Heu und Stroh hat bedauerlicherweise einzelne Landwirte veranlaßt, mit weiteren Ablieferungen vorerst zurückzuhalten. Also direkt das Gegenteil von dem, was man erreichen wollte. Im „Tag“ Nr. 310/1918 macht J. Hatzung den Lesern plausibel, daß die Kartoffelpreise viel zu niedrig sind.

Wenn die Höchstpreise für Kartoffeln nicht erhöht werden, wird auch im neuen Jahre die Umbaufrucht zurückgehen. ... Will man eine Vergrößerung der Kartoffelanbaufrucht für 1918, so lege man entweder den Höchstpreis für Frühkartoffeln im Juli auf 15 Mark, im August auf 12 Mark und den Herbstpreis auf 8 Mark fest, oder man beschläre nach dem Oldenburgischen Vorschlage, indem man der Landwirtschaft ein festes Kontingent (vielleicht von 10-15 v. H.) zu einem mäßigen Höchstpreise auferlegt und den übrigen Teil der Ernte dem freien Handel überläßt.“

Das bedeutet fast eine Verdoppelung der bisherigen Kartoffelpreise. Und wenn der Landwirt nur verpflichtet wäre, 10-15 v. H. zum Höchstpreise abzuliefern, dann würde man dem freien Handel für das größere Quantum Kartoffeln bestimmen den 3-4 oder mehrfachen Preis von heute bezahlen. Die Bemerkung, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sich auf die Dauer nicht auf der Friedenshöhe halten lassen, beweist, mit welchen Mitteln man die öffentlichen



Meinung zu beeinflussen sucht. Auch die Konsumenten wollen die Preise nicht auf der Friedenshöhe halten, daß die Preise die Friedenshöhe um mehrfache längt überschritten haben, steht doch fest. Die Konsumenten wollen nur die Preise so halten, daß sie für die große Masse der Verbraucher noch erschwinglich sind. In demselben Artikel wird gleichzeitig eine Herabsetzung der Gemüsepreise gefordert.

In dem Wochenbericht der Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrats vom 26. Februar wird wieder der Nachweis zu erbringen versucht, daß das Getreide in Deutschland billiger ist als im Ausland und dazu bemerkt: „Angesichts dieser Verhältnisse wird es nicht mehr als recht und billig sein, auch der deutschen Landwirtschaft eine Preiserhöhung zu bewilligen, da sonst die große Gefahr besteht, daß der Getreidebau noch mehr als bisher zugunsten anderer Kulturen zurückgehen wird.“ Auf die Gründe, weshalb die Preise im Ausland höher sind, braucht nicht näher eingegangen zu werden. Man sollte endlich einmal von landwirtschaftlicher Seite die Drohungen unterlassen, daß, falls eine Preiserhöhung für dieses oder jenes Produkt nicht stattfindet, der Anbau überhaupt nichts mehr angebaut wird. Die Sache liegt doch so: Einmal besteht die Gefahr, daß der Getreideanbau zurückgeht. Wird der Getreidepreis erhöht, dann besteht die Gefahr, daß der Kartoffelanbau zurückgeht; wird der Preis für Kartoffeln erhöht, dann besteht die Gefahr, daß der Futteranbau zurückgeht; wird der Viehpreis erhöht, besteht die Gefahr, daß das Getreide verfüttert wird; und wird der Getreidepreis wieder erhöht, um die Verfütterung zu vermeiden, dann besteht die Gefahr, daß unser Viehbestand zurückgeht. Wann in aller Welt können wir endlich aus diesen Gefahren heraus? Im vorigen Jahre hat das Kriegsernährungsamt eine Preisrelation vorgenommen. Es hat die Preise der verschiedenen Produkte im Einklang miteinander zu bringen versucht. Dieses Vorgehen wurde allseitig begrüßt. Aber jetzt scheint man an dem errichteten Bau wieder einen Stein nach den anderen herausbrechen zu wollen, um über kurz oder lang das zusammengebrochene Gebäude wieder neu aufzurichten zu müssen, das heißt, wieder ein neues Preisverhältnis zu schaffen. Natürlich wollen die Landwirte dann ein Preisverhältnis nach ihren Wünschen. Der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen weist nicht mit Unrecht auf diese Zusammenhänge in der Nr. 22 der „Verbrauchswirtschaft im Kriege“ hin und verlangt, daß dem Treiben der Landwirte endlich Einhalt geboten wird.

### Die Kohlenversorgung

wurde in einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Beirats für das Beheizungs- und Brennstoffamt für die Sommermonate neu geregelt. Es werden für die Zeit vom 15. April bis 1. November neue Brennstoffkarten ausgegeben und durch Angestellte des Brennstoffamtes zugestellt. Jede Karte enthält 12 Abschnitte, die auf je einen Zentner lauten.

Neben dieser Sommerversorgung für Küchenbrandzwecke werden je nach den Brennstoffeingängen weitere Marken der Brennstoffkarte aufgerufen werden, damit nach Möglichkeit jeder Haushalt in die Lage versetzt wird, sich auch einen Winterparrat an Kohlen anzuhelfen.

Es wäre gewiß sehr zu begrüßen, wenn dieser Plan ausgeführt würde. Aber nach den Erfahrungen des Vorjahres möchten wir an die Ausführbarkeit nicht recht glauben. Es gibt jetzt noch Haushalte, welche die ihnen zustehenden Kohlen

## Odesa

Odesa, die größte See- und Handelsstadt des südlichen Russland, in deren Lure unsere siegreichen Truppen nunmehr eingerückt sind, kann man wohl ohne Ueberrhebung die Königin unter den Städten am Schwarzen Meere bezeichnen. Die Stadt ist von einer Größe, Bedeutung und Schönheit, die einen geradezu märchenhaften Glanz über sie verbreiten. Obwohl ihre Geschichte nicht in märchenhaften, allerspätere Vorzeit zurückreicht, sondern noch sehr jungen Datums ist, Odesa wurde nämlich erst im Jahre 1794 gleichsam aus dem Nichts geschaffen. Auf Befehl der russischen Kaiserin Katharina II. wurde bald nach dem Frieden von Jassow, durch den die Kaiserin in den Besitz der südlichen Provinzen gekommen war, am Schwarzen Meere zwischen den Mündungen des Dnieper und Dnjestr eine Stadt inmitten damals völlig öden Umlandes erbaut. Die Kaiserin gab ihr den Namen Odesa, in Erinnerung an die im Altertume in der Nähe gelegene griechische Kolonie Odessos.

Die neue Stadt Odesa blühte sehr schnell auf. Dazu trug nicht allein die überaus günstige Lage bei, sondern vor allen Dingen die eifrige Tätigkeit des Herzogs von Richelieu, der zur Zeit Kaiser Alexanders I. Kriegsgouverneur von Südrussland war, sowie die Fürsorge der russischen Regierung, die der Stadt alle Vorteile zuwandte, wodurch ihr Aufblühen immer gefördert werden konnte. So erhielt die Stadt z. B. einen Hafen, der 400 Schiffe Raum gewährte konnte und dessen Ankergrund ganz sicher war, da er gegen den Unparr der Stürme völlig geschützt lag. Die schnell wachsende Handels- und Industrieentwicklung wuchs bald zum Hauptplatz des ganzen pontischen Handels empor. Schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zählte sie rund 100 000 Einwohner. Gegenwärtig beläuft sich ihre Einwohnerzahl auf etwa 500 000.

Odesa liegt ziemlich hoch, so daß man auf einer 200 Stufen zählenden 10 Meter breiten Freitreppe zum Hafen hinabsteigen muß. Die durch eine Reihe von Vorhöfen erweiterte Stadt zieht sich ungeführ parallel längs der Küste hin. Sie gliedert sich nicht nur durch ihre prächtige und kommerzielle Bedeutung, sondern auch durch ihre prägnante Schönheit. Ihre Straßen sind regelmäßig angelegt. In den Hauptgassen führt der Nikolai-Boulevard mit einer Bronzeplastik des Herzogs von Richelieu, der gegenüber sich die oben erwähnte Freitreppe zum Meere befindet. Odesa ist reich an Denkmälern, unter denen sich auch eines ihrer Gründerin befindet, sowie eine Statue des russischen Dichters Puschkin.

Wie ein Wälderwald stehen sich durch das Stadtgebiet herrliche Parkanlagen mit Springbrunnen. Zu dem märchenhaften Glanz des Gebirgslandes tragen die Türme und Kuppeln der zahlreichen Gotteshäuser bei.

Die Stadt zählt allein 46 orthodoxe Kirchen, je eine griechische, katholische, lutherische, reformierte und anglikanische Kirche, 2 Synagogen, 1 Bethaus der Muselmänner, 40 Synagogen, 1 mohammedanisches Bethaus. Aus diesen Religionen an Bewohnern aller Art Religionen geht hervor, daß Odesa mehr eine internationale als eine russische Stadt ist. In ihr haben sich zahlreiche deutsche, englische, französische, italienische und griechische, türkische und armenische Handelshäuser etabliert. Auch viele Zentralstellen sind in ihr ansässig.

Odesa besitzt zahlreiche Schulen aller Art und ist seit 1854 auch eine Universität. Im Krimkrieg wurde Odesa von der verlustreichen englisch-französischen Flotte am 22. April und 12. Mai 1854 bombardiert, wobei aber nur wenig nennenswerten Schaden. Lagern war ihr jedoch durch den Krieg völlig aus Stocken geraten. Nach dem Kriege begann jedoch ein schneller und erheblicher Aufschwung ein. 1871 wurde Odesa von der russischen Flotte besetzt.

noch immer nicht haben erhalten können. Jedenfalls dürfte mit der Winterversorgung nicht eher begonnen werden, bis die für die Sommermonate bei m. n. n. Kohlenmenge den Haushaltungen reiflos geliefert sind.

Eine bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln will nun endlich auch eine Eingabe der Fisch- und Dunderfischen Gewerkschaften in Danzig herbeiführen. Diese Eingabe, die an die Regierung in Danzig und an das Kriegsernährungsamt in Berlin gerichtet ist, zählt die in letzter Zeit an die Danziger Bevölkerung gelieferten geringen Mengen an Lebensmitteln auf und stellt fest, daß Arbeiter und Arbeiterinnen mit diesen geringen Mengen an Nahrungsmitteln nicht auskommen und ihre Arbeitskraft nicht ersetzen können.

Die Eingabe, die als Beschwerde wirken soll, klagt zum Schluß in die Bitte aus, „mit allen staatlichen Nachmitteln die Nahrungsmittel, die der Erzeuger für seinen Teil nicht braucht, zu erfassen, abzunehmen und der Allgemeinheit zuzuführen.“

### Prämien für Breitlingsfänge

Man schreibt uns: Bekanntlich waren vom Verein der Fischindustriellen Westpreußen zu Danzig für die ersten Breitlingsfänge drei Prämien im Gesamtbetrage von 500 Mark ausgesetzt.

Erfreulicherweise haben diese Prämien zur Verteilung kommen können, weil es den Bemühungen der Fischer gelang, in letzter Zeit noch Breitlinge zu fangen.

Die 1. Prämie in Höhe von 250 Mark erhielt der Rutter von den Fischern Simon Foth und Karl Rusch, Destl. Neufahr, die 2. Prämie von 150 Mark der Fischer Eduard Dittmann, Destl. Neufahr, die 3. Prämie in Höhe von 100 Mark der Fischer Hermann Foth aus Zoppot.

Die Aussetzung der Prämien hat jedenfalls sehr anregend für den fangerichteten Breitlingsfang gewirkt und ist nur zu wünschen, daß noch größere Mengen bis Schluß der Breitlingsfischerei gefangen werden.

### Der Frühkartoffelpreis für Westpreußen

Die Mitgliederversammlung der Provinzialkartoffelstelle hat in ihrer Sitzung am 21. März den Frühkartoffelpreis in der Provinz Westpreußen für die Zeit vom 1. Juli bis 3. August 1918 auf 10 Mark festgelegt. Dieser Preis ist von der Reichskartoffelstelle mit Verfügung vom 22. März 1918, S. 25 236, genehmigt worden. Bis zum 30. Juni 1918 sind die Frühkartoffeln höchstpreisfrei. Die Preise vom 4. August 1918 ab werden später bekannt gemacht werden.

### Abgabe von Lebensmitteln

Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel- und Kartoffelkarte erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

\* Unterstützungen an Hinterbliebene. Das Kriegsministerium — Versorgungs- und Justizdepartement — hat folgenden Erlaß an die stellvertretenden Generalkommandos und stellvertretenden Intendanturen gerichtet:

Dem Kriegsministerium sind zahlreiche Fälle bekannt geworden, in denen Hinterbliebene von Personen der Unterklassen, die aus Anlaß des Krieges zum Heeresdienst herangezogen worden sind, dadurch in wirtschaftliche Notlage geraten sind, daß für das Leiden des Verstorbenen Dienstbeschädigung nicht anerkannt, ihnen daher Witwen- und Waisengeld nicht gewährt werden konnte. Fortan ist in allen derartigen Fällen von Amtswegen — und zwar beschleunigt — zu prüfen, ob nicht nach Lage der Verhältnisse die Gewährung einer Unterstützung an die Hinterbliebenen angebracht ist. Stellt sich dies heraus, dann ist so schnell als möglich aus Spendenmitteln zu helfen. Derartige Fälle sind durch die stellvertretenden Intendanturen unter Befügung der Unterlagen dem örtlich zuständigen stellvertretenden Generalkommando schleunigst vorzulegen.

## Aus Westpreußen

Elbing, 20. März. Die Vorgänge am 12. Dezember 1917 behandelte das Elbinger Kriegszustandsgesetz am Dienstag (19. März) in 14. Verhandlung. Angeklagt waren in dieser Sitzung 4 Frauen, darunter 2 unverheiratete. Alle befanden sich auf freiem Fuß. Die eine der Beschuldigten wohnt jetzt in Marienwerder. 3 Frauen erhielten je 6 Monate Gefängnis. Eine Strafe, die einer verheirateten, aus Karthaus stammenden Arbeiterfrau, wurde, da nur Hefterei vorliegt, dem ordentlichen Gericht überlassen. Die verhängten Strafen wurden sofort vollstreckt. Weitere Aburteilungen werden folgen. (Eld. Zig.)

Graudenz, 20. März. Zum Freispruch der Frau Kieper. In der Schlussung des Schwurgerichts Graudenz am Montag kam Erster Staatsanwalt Henkel als Vertreter der Anklagebehörde zu dem Schluß, die Schulfrage zu verneinen, weil zwar ein dringender Verdacht gegen die Angeklagte bestehe, aber nach der neuen Beweisaufnahme allenfalls zugegeben werden könne, daß der volle Schulbeweis nicht erbracht sei. Die Verurteilung der Geschworenen dauerte nur 10 Minuten; worauf die Freisprechung erfolgte. Wie der „Gesellige“ erzählt, sind der Frau Kieper Entschädigungsansprüche wegen der erlittenen Justizstrafe aus der Staatskasse von dem erkennenden Gericht zugesprochen worden, weil kein begründeter Verdacht mehr gegen sie besteht.

Der „Vorwärts“ schreibt zu der Freisprechung: Mit diesem Urteil ist eine Frau, die sechs Jahre lang unzulässig mit dem Mafel des Gattenmordes behaftet im Justizhaus gefesselt hatte, die die Qualen eines Todesurteils über sich hat ergehen lassen müssen, der Freiheit zurückgegeben worden. Man mag sich über diesen Sieg des Rechtes freuen, die Rechtspflege steht durch ihn keineswegs gedemütigt da. Ehe das Wiedererkenntnisverfahren eingeleitet werden konnte, hat es eines härteren Kampfes mit den Gerichten bedurft. Wiederholt ist der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt worden, und Frau Kieper hat erst sechs Jahre unzulässig im Justizhaus schmachten müssen, ehe die Stunde ihrer Befreiung schlug. Auch dieser Fall ist wieder geeignet, den Blick auf einen der Hauptmängel unserer Strafrechtspflege hinzuwerfen, auf die ungenügende Erhellung der Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens.

Graudenz, 22. März. Zweikampf im Kriege! Die hiesige Strafkammer verurteilte den Arzt Dr. Hans Klatt aus Marienwerder wegen Heranziehung zum Zweikampf, und Kriegsernährungsamt Hans Eberhardt aus Marienwerder als Kartellträger zu je einem Monat Gefängnis.

## Aus der Partei

### Homo-Grumbach klagt die deutsch. Sozialdemokratie an.

Der Parteivorstand schreibt uns: Homo-Grumbach, der während des Krieges schon so oft die französischen Sozialisten gegen die deutschen Sozialisten aufzubringen versucht hat, tritt wieder einmal in der Pose des Anklägers gegen die deutsche Sozialdemokratie auf. In der Nummer der „Humanität“ vom 12. März d. J. schreibt er u. a.:

„Ich klage die Führer der alten sozialdemokratischen Partei in Deutschland an, daß sie seit Monaten Dokumente vor der höchsten Bichtigkeit in Händen haben, die in noch ernstlicher Weise als die Enthüllung Michons die Schuld Deutschlands an diesem Kriege abfolat beweisen. Ich klage sie an, daß sie sie behalten, ohne sie zu verwenden und ohne den Versuch zu machen, sie zur Kenntnis des deutschen Volkes zu bringen oder auf der Tribüne des Reichstages vorzulesen.“

Diese Sensationsnachricht Homos wird von der gesamten Bourgeoispreffe Frankreichs, mit dem „Lemps“ an der Spitze, lebhaft kommentiert.

An den Behauptungen Homos ist kein wahres Wort! Die Dokumente sind lediglich Produkte der äppeligen Phantasie Grumbachs, der leider in Frankreich noch immer ernster genommen wird, als er verdient.

## Soziales

### 6804 Aufnahmen im Februar.

Die riesenhaften Fortschritte, die die Volkspflege macht, zeigen recht klar das Vertrauen, das die Arbeiterwelt ihrer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Lebensversicherung enig einbringt. Nachdem der Januar über 5100 Anträge eingebracht, ist das Ergebnis der ehrenamtlichen Werbetätigkeit der Vertrauensleute für den Monat Februar gar 6804 Anträge.

Die Erfolge sind natürlich nicht im Sinne der Konkurrenz, die mit nicht immer laudieren Mitteln gegen das Vorbringen der Volkspflege erfolglos ankämpft. Das von dem Gelde der Gewerkschaften und Genossenschaften eingerichtete Arbeiterunternehmen ist kein Erwerbsunternehmen; es ist eben ein vollständig uneigennütziges, soziales Werk. Es steht auf so hoher Stufe, daß es nicht überflügelt werden kann. Mögen die Gegner heißen wie sie wollen, mögen sie mit Kriegsanzahlversicherungen versuchen, ihren Bestand zu erhöhen, die Moral können sie nicht erheben. Wer gegen ein solches soziales Werk, wie es die Volkspflege ist, ankämpft, zeigt, was Geistes Kind er ist. — Wer vor Schaden bewahrt sein will beim Abschluß einer Lebensversicherung, befrage die Organisationsleitungen oder wende sich direkt an den Rechnungsführer Bruno Schmidt, Danzig, Mattenbuden 35.

### Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Die 17. Reichstagskommission zur Bevölkerungspolitik verhandelte in zwei Sitzungen den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten unter Vorsitz des Abgeordneten von Celler. Unter Aussetzung des § 1 wurde sofort unter Verzicht auf eine Generaldebatte an die Spezialberatung des § 2, sogenannter Gefährdungsparagrafen, gegangen. Dieser lautet:

„Wer den Beschäftigt ausübt, obwohl er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß er an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Geschlechtskrankheit leidet, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“

Die Debatte drehte sich in der Hauptsache darum, ob dieser Paragraph nach der Regierungsvorlage ein Antragsdelikt bleiben soll. Die Mehrheit der Kommission, einschließlich des Zentrums, beantragte, den Antrag nur auf Ehegatten und Verlobte zu beschränken, im übrigen aber die Antragspflicht zuzulassen. Eine ganze Reihe von Regierungsvertretern wendet sich mit zahlreichen Einwendungen gegen diesen Antrag und erklärt, daß er mehr oder weniger annehmbar für die Regierung sei, weil die Gefahr vorliege, daß zahlreiche frivole Denunziationen gegen ehrenhafte Menschen erfolgen würden, wenn aus dem Antragsdelikt eine Anklage gemacht würde. Aus der Kommission wird darauf erwidert, daß man diese Gefahr nicht fürchte und daß es sich um so große Lebenswerte bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten handle, daß man auch vor ihr nicht zurücktreten dürfe. Insbesondere sind es die Vertreter der Sozialdemokratie, die mit Entschiedenheit dafür eintreten, daß das Erfordernis eines Antrages gestrichelt werde.

Bei der Abstimmung wird der Paragraph mit großer Mehrheit mit der Beschränkung angenommen, daß der Antrag lediglich von Ehegatten und Verlobten gestellt werden muß, im übrigen aber das Vergehen an sich zu verfolgen ist. Inzwischen soll nach Erklärungen der Regierung nach einer Lösung gesucht werden, die bis zur zweiten Lesung eine Einigung zwischen Parteien und Regierung bedeute.

## Aus aller Welt

— Dänische Marmelade. Kettenhandel, Wucher, Höchstpreisüberschreitung, Handel ohne Erlaubnis, also fast alles Glid der „Freiheit“ des Handels, lag einer Anklagesache zugrunde, die Freitag die erste Strafammer des Berliner Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt waren der Buttergroßhändler Rudolf Wikorn, der Kaufmann Moriz Treumann, der Kaufmann Alfred Hanta, der Kaufmann Max Russtoter und der städtische Straßenreinigungsaufsicht Emil Mohmwinkel. Der Angeklagte Wikorn, der in einer großen Buttergeschäftssache erst kürzlich gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Mark aus der Unterzuchungshaft entlassen worden ist, war zu der gestrigen Verhandlung nicht erschienen. Wikorn hatte im Januar d. J. in Kopenhagen 400 Zentner dänische Marmelade gekauft. 100 Zentner wurden durch Vermittlung eines Zigarrenhändlers Bois und eines Kellners Markstein dem Angeklagten Treumann angeboten, der für ein Kistenfabrik als Einkäufer tätig war. Die Marmelade kam zu Hanta und Russtoter, die 13 000 Mark bezahlten und sie dem Agenten Gustav Sohn anboten. Als die Marmelade am Jollernhof, Unter den Linden, abgeladen werden sollte, fanden bereits zwei Kriminalbeamte dort, die sie beschlagnahmten und an die Wumba weiterleiteten. Es stellte sich zur Überraschung heraus, daß Hanta die falsche Marmelade erhalten hatte, denn die beschlagnahmte Ware war städtische Marmelade, die Wikorn vom Berliner Magistrat zur Verteilung an Kleinbändler erhalten hatte. Die dänische Marmelade wanderte inzwischen durch Vermittlung Russtoters an Mohmwinkel, der nebenbei in einem städtischen Straßenreinigungsbepot ein geheimes Schmalzlager unterhielt, ferner an die N. E. G., an das Metropollabarett, an das Viktoria-Café und an andere Firmen. Die Beweisaufnahme ergab, daß Treumann und Mohmwinkel am wenigsten an der ganzen Sache beteiligt waren. Das Gericht erkannte gegen Russtoter auf 3 Monate Gefängnis und 8100 Mark Geldstrafe, gegen Hanta auf 1 Monat Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe. Treumann und Mohmwinkel wurden freigesprochen.

— Verurteilung eines Bürgermeisters. Die Strafkammer in München-Grabbach verurteilte den Bürgermeister Somark aus Keerlen wegen Verurteilung und Unterschlagung von 11 000 Mark aus dem Lebensmittelfonds der Gemeinde zu 10 Monaten Gefängnis. Der Gemeindefiskal Koch, der mit dem Bürgermeister genossenschaftliche Sache gemacht hatte, erhielt 3 Monate Gefängnis.



batten in eine Kaskadengelei ausgehen zu lassen (Wohlfahrter Brand und Zustimmung im ganzen Hause bis auf die „Unabhängigen“), meiner gesamten Fraktion gegenüber ist. Gestatten Sie mir den einen Satz: Nachdem was wir gestern und heute gelesen haben, wissen wir, daß hunderttausende bluten und in diesem Augenblick macht man den Reichstag zu einem Unabhängigen-Zahlabend. (Wohlfahrter Zustimmung im ganzen Hause.)

Die Abg. Ledebour und Haase melden sich zum Wort. Abg. Graf Westarp (kons.): Die Ehrenschuld an den Kriegsschädigten und Hinterbliebenen wird eingelöst werden, aber sie darf nicht künftigen Geschlechtern überlassen werden. Wenn das Volk verarmt, kann auch die höchste Ehrenschuld nicht eingelöst werden. Seht, wo wir den Rücken frei haben, wollen wir abrechnen mit den Feinden, die uns den Krieg gebracht haben.

Abg. Ledebour („Unabh.“): Dieser Vertrag ist eine Schande für Deutschland. (Wohlfahrter Zustimmung im ganzen Hause.)

Abg. Müller-Meiningen (F. Vp.) beantragt, die inzwischen eingebrachten Entschlüsse an die Kommission zurückzuerweisen.

Bei der Spezialdebatte entstand zwischen den Abg. Grafen Westarp (kons.), Erzberger (zentr.), Ortmann (natl.) und Rehböfel (kons.) eine Aussprache darüber, ob Estland und Woland dem russischen Einfluß entzogen seien.

U. terstaatssekretär von dem Bunde erklärte schließlich, daß diese Länder nach der staatlichen Überhöhung Rußlands unterstünden.

Die Verträge werden in zweiter Beratung angenommen, ebenso die Entschlüsse des Ausschusses.

Die dritte Lesung verliert ohne Aussprache. Die Friedensverträge werden endgültig angenommen. (Beifall.)

Darauf wird vertagt.

Vizepräsident Dr. Paasche: Schwere aber erfolgreiche Arbeit liegt hinter uns. Wir können uns nicht trennen, ohne unserem Heer und seinen Führern unseren Dank auszusprechen. (Bravol) An

der Westfront sind schwere Kämpfe entbrannt. Die Abgeordneten erheben sich von den Bläßen. Das ganze deutsche Volk ist erfüllt von der schweren Entscheidungsliebe, aber auch von dem großen Bewußtsein des festen Vertrauens zu unseren Heerführern, daß das, was begonnen wird, wohl vorbereitet ist und zum guten Ziele führen wird. (Bravol) Wir wollen uns einander erheben mit dem Wunsche, daß, wenn wir wieder kommen, wir ohne das es allzu schwere Opfer gekostet hätte, zu einem beglückenden Abschluß der Kämpfe gelangt sind und wir nach Osten dem allgemeinen Frieden näherkommen werden. (Wohlfahrter Beifall.)

Nächste Sitzung am 16. April, 2 Uhr. Anfragen, Fall Dörmter, Postetat.

**Sur Bewilligung der neuen Kriegskredite**  
Im Reichstag sagt der „Vorwärts“: Die Sozialdemokratische Partei hat durch die Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie eingeleitet. Seit Kriegsbeginn eingemommene Haltung von Neuem bekräftigt. Die „Unabhängigen“ wollen behaupten können, daß die Sozialdemokratie damit die Verantwortung für den Krieg übernehme. Sie schlagen sich damit nur selbst ins Gesicht, sie selber haben alle ein- bis zweimal, zum Teil drei- bis fünfmal für die Kriegskredite gestimmt. Lloyd George hat das Eroberungsprogramm der Westfront in vollem Umfange aufrechterhalten. Demgegenüber befindet sich das deutsche Volk noch im Zustande der Verwirrung. Die Sozialdemokratie erkennt dies an, indem sie die Mittel dieser Verteidigung bewilligt. Eine andere Haltung wäre auch wohl gerade im jetzigen Augenblick, wo die Dinge im Westen auf dem Messers Schneide stehen und hunderttausende bluten, von den Volksmassen nicht verstanden werden. Niemand kann von der Sozialdemokratie verlangen, daß sie die Lorbeeren der unentwegten Kämpfer mitmache.

dieser Ueberzeugung machen uns auch die Erinnerungen eines hochgebildeten Diplomaten, der sich in London in viel zu mäßiger Bescheidenheit als Mittelpunkt der Weltpolitik dünkte, nicht irre.

In der imperialistischen Weltspannung, die vor dem Ausbruch des Krieges die kommende Entscheidung vorbereitete, sind selbstverständlich auf beiden Seiten Irrtümer und Fehler verursacht. Das darf aber den Sozialisten nicht in der Einsicht erschüttern, daß auch die Weltpolitik des Kapitalismus nicht durch Moral, sondern durch unbewegsam harte Interessen bestimmt wird. Der Mächtigste will es bleiben und sieht darum in dem Aufstrebenden seinen Feind. Deshalb will Englands Imperialismus die Niederwerfung Deutschlands, und wenn Grey den Fürsten Bismarck auch noch so lächelnd an seiner Rechten gegrüßt haben sollte.

Gäbe es in der Geschichte Dankbarkeit und Anerkennung vergangener Taten, so müßte England heute der Bundesfreund Deutschlands, seines Retters, sein. Der große Franzose Napoleon hat vor 100 Jahren das mächtige England so gedemütigt, wie noch kein anderer vor und nach ihm. Durch die Kontinentalperre erzwang er den europäischen Handel Englands, der die Lebenskraft des Insellandes bedeutete. Als der geniale Feldherr von Elba flüchtete, scharten sich Frankreichs Kämpfer wieder um seine ruhmgekrönten Fahnen. In der Schlacht von Belle Alliance (Schöner Bund) wurde er endgültig niedergeworfen, wie die Geschichte erzählt durch das Heer des englischen Heerführers Herzogs Wellington. Doch erzählt sie uns zu wenig deutlich, daß das angeblich englische Heer zu mindestens drei Vierteln aus Deutschen bestand!

So retteten Preußens Freiheitskämpfer und andere Söhne Deutschlands England, als es wirklich ernstlich in seiner Weltstellung bedroht war. Und doch war das Blut nicht dicker als Wasser. Deshalb mußte sich nun der Angriff der

deutschen Heere jetzt zur Verteidigung ihres Volkes gegen den geradezu wahnwichtigen Machtblitz der englischen Leistung der Entente, gegen die militärische Machtstellung Englands richten.

In 80 Kilometer Breite griffen die Deutschen in einem Umfange nach nur kaum sechsstündigem Artilleriekampf am 21. März an, wie es selbst in diesen Weltkriege ohne Beispiel ist. Die Schlacht von Gravelotte war der größte Angriff im Kriege 1870/71. Ihre Front betrug aber nur 15 Kilometer. Während der Völkerschlacht bei Leipzig, der größten des ganzen vergangenen Jahrhunderts, standen sich etwa eine halbe Million Streiter mit 1500 Geschützen gegenüber. Der Militärsachverständige des „Berliner Tageblatts“ schätzt bei der jetzigen Westoffensive gut das Zehnfache dieser Zahl.

Der militärische Mitarbeiter der „Neuen preussischen Korrespondenz“ schreibt: Noch nie im Verlaufe dieses Krieges, geschweige denn in irgend einem Kriege der Weltgeschichte überhaupt haben sich so ungeheure Menschenmassen mit dem Schwert in der Hand gegenübergestellt. Sind die Angaben der Ententepresse richtig, dann sind auf Seiten unserer Feinde außer einer Wanderverierarmee mit 20—30 Divisionen 160—170 Divisionen an der im ganzen 650 Kilometer messenden Front von der Nordsee bis zur Schweiz aufgebaut, nach allgemeiner Berechnung wären das 3 1/2 bis 4 Millionen Mann. Hindenburg aber hat gesagt, daß wir dem Feinde an Mannschaften Material, Luftstreitkräfte usw. überlegen seien. Das würde aber bedeuten, daß die Zahl aller Streiter an der Westfront, haben und drüben zusammengerechnet, 8 bis 10 Millionen Mann beträgt. Eine Menschenmasse, deren Ungeheuerlichkeit einem klar wird, wenn man bedenkt, daß das gesamte Belgien vor dem Kriege nicht mehr als etwa 7 Millionen Einwohner zählte.

Was wollen Kämpfe mit solchen Kräften gegen die Schlachten der Griechen bedeuten, von denen ihre Geschichtsschreiber schildern, daß sie die Sonne verfinstert hätten. Und auf Seiten Deutschlands ist der Sieg! Der englische Feldherr wurde durch die genialen Vorbereitungen der deutschen Heerführung so überrascht, daß er sich bei Beginn des Kampfes in London befand.

Die Helden Deutschlands kämpfen im Vollbewußtsein der geschichtlichen Aufgabe, daß nur sie ihres Volkes Rettung bringen können. Wohl kämpfen sie für den noch kapitalistischen Staat und doch nicht als Gladiatoren des Kapitalismus! Sondern für eine freie und schöne Zukunft ihres Volkes gegen die Belagerung des Kapitalismus! Sie geben ihr Leben für ihr Volk! Welche höhere Aufopferung ist denkbar? Und darum müssen sie siegen, die im Dienst der Freiheit und der Weltkultur auf dem unabsehbaren Felde der Weltkämpfe im Hüllentum der Geschüßwälder stürmen und sinken...

Ihnen gegenüber steht das bunte Aufgebot der Entente aus allen Weltteilen zusammengeholt. In Kultur und Sprache, sogar der Hautfarbe verschieden. Ohne gemeinsame Interessen soll es sich schlagen, für Ziele, für die es vielfach gar kein Verständnis besitzt. So erklärt sich die sieghafte Wucht des deutschen Ansturms, der schon Paris mit seinen Geschützen bedroht und englische Armeen, wie einst russische Heerhaufen auseinanderprengt.

So erklärt sich diese deutsche Kampfkraft, die die Entente hilf- und ratlos macht in gewissem Sinne. Denn entscheidend ist keine unerklärliche Kraft! Entscheidend ist die tiefe und unerschütterliche Ueberzeugung des deutschen Volkes, des geistigen und praktischen Herdes des Sozialismus, niemals und niemandes Knecht sein zu wollen!

Deshalb werden Deutschlands Helden auch das in unserer Sprache garmacht zu schändernde Ungeheuerliche leisten und dem Frieden durch den Sieg in dieser Weltkämpfe aller Völker die letzte Bahn brechen.

# Kriegsnachrichten

## Der Vormarsch von Anno 14 wieder aufgenommen

(Von unserem Kriegsberichterstatter an der Westfront.)

Südtliche Angriffsfront, 24. März.

Was oft bezweifelt worden, ist Tatsache geworden. Die Linie der Alliierten ist zerbrochen. Der anfängliche Einbruch ist ein regelrechter Durchbruch geworden. Seit gestern ist die dritte englische Stellung genommen und herrscht Bewegungskrieg im Westen. Um La Fère im Süden als Drehpunkt rollt die deutsche Angriffsfront, mit ihrer Nordspitze Arras fast berührend, den Crozat-Kanal, die mittlere Somme und die Straße Arras—Bapaume überflutend, in unheimlicher Schnelle in das englische Hinterland hinein. Stunde um Stunde lassen die Engländer Dörfer und Städte in unserer Hand, deren Wiedereroberung vor einem Jahre die Franzosen wochenlang jubelnd gefeiert haben.

Gestern, am dritten Kampftage, weilte ich in dem eben eroberten feindlichen Abschnitt westlich von St. Quentin. Ich habe mich bei zahlreichen englischen Gefangenen und ebenso bei deutschen Heerführern nach dem angewendeten Gas erkundigt. Danach gehört die große Giftstoffindustrie, von der in und außer der Heimat soviel geredet wurde, ins Reich der Fabel. Der ebengelungene Durchbruch zwischen Dife und Arras wenigstens ist keinem neuen Giftgas, sondern neben den genialen Durchbruchplänen und der präzise abgewickelten Vorbereitungsmechanik wieder vor allem dem rücksichtslosen Offensivgeist des deutschen Infanteristen zu verdanken.

Dagegen hat in diesen Kämpfen zum erstenmal der deutsche Sturmwagen sich glänzend gegen die Hauptwiderstandspunkte der feindlichen Schlachtfrent bewährt.

Die Größe der geforderten und der lückenlos ausgeführten Durchbruchleistung wurde mit erst gestern beim Durchwandern der ersten englischen Stellungssysteme klar, die, das hügelige baumlose Land geschickt als Vorfeld ausnützend, in befestigten Dörfern und Wäldern ihre Hauptstützpunkte hatten. Hunderte von Quadratkilometern so befestigter Erde, in denen der Fleiß von Millionen Arbeitsstunden und ungeheure Materialwerte stecken, fielen durch die Entscheidung des zweiten Tages den Unfern in die Hand. Unser Angriff ist rücksichtslos durchgeführt worden, aber unsere Verlustziffern reichen nicht im entferntesten an das heran, was die Heimat zum Teil befürchtete. Dazu trug nicht zum wenigsten der Nebel bei, dem mir gegenüber englische Offiziere die Hauptschuld an der Niederlage beimessen. Uebrigens ist die bisherige Selbstsicherheit und Siegeshoffnung der englischen Gefangenen zum erstenmal tief erschüttert.

Die Vorwärtsbewegung an der ganzen Front geht weiter. Unererschöpflich stoßen Divisionen von hinten nach. Es herrscht klares warmes Frühlingswetter. Auf allen Straßen sieht man in der Sonne die endlosen Schlangen der Kolonnen westwärts gehen. Die Fortsetzung des Vormarsches von Anno 14 beginnt — das ist das Grundgefühl jedes einzelnen. Aus dem hochgelegenen St. Quentin bläst die zerbrochene und ausgebrannte Ruine der Kathedrale auf das wandernde Heer zu ihren Füßen. Längst ist die kämpfende Linie ihren Blicken westwärts entschwinden.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

### Die Weltkämpfe

Den Frühling 1918 wird die Menschheit und besonders das deutsche Volk auch durch Jahraufende weiterer Geschichte nie vergessen. Im Osten herrscht Friede und im Westen brach trotzdem gerade am ersten Tage des neuen Frühlings die größte Schlacht aller bisherigen Geschichte aus. Der Genius der Menschheit verhielt trauernd sein Haupt...

Für das Volk Deutschlands wird es eine Beruhigung sein, daß seine Regierung nach in letzter Stunde alles tat, was der Welt diese schreckliche Katastrophe nach menschlichem Ermessen hätte ersparen können. Der Kanzler Hertling erklärte sich im Reichstage uneingeschränkt für Wilsons Friedensvorschläge. Er erklärte sich zu Verhandlungen mit Belgien bereit und versicherte wieder, daß Deutschland diesen Staat nicht seiner Selbständigkeit berauben werde!

Man mag sich eine bessere Fassung der Erklärungen wünschen. Man wird sie sich noch entgegenkommender denken können. Ein Grund, der die neue furchtbare Schlacht und die Fortsetzung des Krieges notwendig machte, bestand danach aber nicht mehr. Auch andere Umstände geboten sie nicht. Zur

# Politische Wochenschau

## Friedensarbeit

### Rußland: Friedensabgesandter im „Vorwärts“

Die riesige Wandlung der Dinge im Osten kam auch dadurch zum Ausdruck, daß Genosse Petrow, der als Gesandter des russischen Rates der Volkskommissare den vollen Friedensvertrag der deutschen Regierung amüch überbrachte, vorher am Mittwoch mit einem Vertreter des „Vorwärts“ sprach und auch dessen Redaktion besuchte. Petrow ist ein bekannter Revolutionär. 1905 wurde er von der zarischen Regierung ins Gefängnis geworfen. Landflüchtig und verbannt geht er dann über Oesterreich nach der Schweiz, Frankreich und England. Dort wurde er während des Krieges mit seiner Frau, einer Deutschen, verhaftet. Erst im Januar 1918 kehrte er nach Petersburg zurück. Er äußerte sich günstig über die Verhältnisse in Rußland. Der Streik der Fabrikarbeiter und Banken sei zwar versucht, aber mit Erfolg abgewehrt. Unter der Staatskontrolle arbeiteten jetzt Industrie und Landwirtschaft nützlich für das Volk. Die Fabriken würden von den Arbeitern selbst verwaltet.

### Ueber die Kriegsgefangenen erklärte Petrow:

Die Kriegsgefangenen Deutschlands und Oesterreichs sind frei. Sie sind aus Sibirien zum größten Teil nach dem europäischen Rußland geströmt. Sie leben in den Städten, arbeiten in den Fabriken und werden ebenso bezahlt wie die russischen Arbeiter. Sie besuchen ebenso wie die russischen Arbeiter die politischen Versammlungen. Als ich neulich in Moskau den Kreml besuchte, traf ich eine Reihe junger Leute. Ich dachte zuerst, es seien Russen. Ich sprach sie an. Es waren Deutsche und Oesterreicher, die in der Stadt lebten und dort arbeiteten. Wir hoffen, daß der Austausch der Kriegsgefangenen bald vor sich gehen wird. Unsere Regierung hat alles vorbereitet. Wir könnten heute mit dem Austausch beginnen.

Ehe Petrow seinen amtlichen Auftrag ausführte, hatte er eine Unterredung mit dem Genossen Scheidemann. Am Freitag besuchte der sozialistische Staatsmann die Redaktion des „Vorwärts“ und äußerte sich dabei sehr bemerkenswert über wichtige Ostfragen.

### Zur Lage in Finnland

erklärte Genosse Petrow, die Rote Garde sei zahlenmäßig viel stärker als die Weiße, diese aber werde von Deutschland und Schweden aus durch Offiziere und Kriegsmaterial unterstützt.

## Ueber den Frieden

sagte er: „Wir in Rußland sind der Meinung, daß wir, indem wir diesen Frieden annehmen, nicht gegen unsere deutschen und österreichischen Genossen handeln. Einverständnis mit diesen Friedensbedingungen ist in Rußland kein Aienich, und nur eine starke Regierung, die sich durch soziale Reformen das Vertrauen des Volkes gewonnen hatte, konnte diesen Frieden, der notwendig geworden war, durchsetzen. Eine Wandlung der Friedensbedingungen erwarten wir jedoch nicht von kriegerischer Gewalt. Wir sind vielmehr davon überzeugt, daß die radikale Veränderung aller Verhältnisse, die dieser Krieg mit sich bringen muß, es uns ermöglichen wird, die Probleme, die durch diesen Friedensvertrag entstanden sind, mit unseren Genossen in Deutschland und in den anderen Ländern zu lösen!“

## Der rumänische Friedensvertrag vor dem Abschluß

Bukarest, 26. März. Die wichtigsten politischen, territorialen und militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages mit Rumänien sind heute um 4 Uhr morgens paraphiert worden, ebenso wurde in umfangreicher rechtspolitischer Zufolgevertrag paraphiert und die Grundlage eines Abkommens über die Erdölfrage unterschrieben. Die übrigen wirtschaftlichen Fragen werden in Kommissionsverhandlungen weiter verhandelt. Einer Verabredung mit den rumänischen Delegierten entsprechend, wird das gesamte Vertragswerk nach seiner Fertigstellung gleichzeitig unterzeichnet und veröffentlicht werden.

## Deutschland

### In Daimlers Nachbarschaft

Die Bremer Interpinnerlei und -weberlei weiß ihren Aktionären als Uebertrag aus dem verflohenen Geschäftsjahr 22 Prozent Dividende (im Vorjahr 36 Prozent) und 500 000 Mark in Form von Aktienanleihe zu. Das ganze Aktienkapital beträgt 2 100 000 Mark, im Vorjahr 1 800 000 Mark. Ueber dem sogenannten Wohlfahrtsfonds betragen die Reserven 2 310 910 Mark, also 210 000 Mark mehr als die Aktien. Die Aktionäre haben in zwei Jahren profitiert 1 002 000 Mark Dividende, 900 000 Mark Zuwendungen außer der Dividende, 300 000 Mark neue Aktien, Gesamtprofil also 2 202 000 Mark! Diese Gesellschaft hat sicherlich besonders günstige Verhältnisse für das Heer. Liegt hier keine Ausnutzung der Kriegslage des Reichs vor? Die Arbeiterlöhne sind gerade bei dieser Gesellschaft sehr niedrig!

### Hierzu eine Beilage

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig. Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, B. m. b. H., Königsberg i. Pr.



# Für Konfirmanden

## Konfirmations-Kleider für Mädchen

Weisse Stickerei-Kleider in eleganter Ausführung 130.— 110.— 85.— bis **50.4**  
 Schwarze Cheviot-Kleider in jugendlichen Formen 100.— 85.— 60.— bis **40.4**

empfehlen in reichster Auswahl zu zeitgemäß vorteilhaften Preisen:

Konfirmanden-Anzüge in Kleider Form, solide Verarbeitung . . . 135.— 110.— 95.— **87.4**  
 Konfirmanden-Anzüge moderne jugendliche Jackett-Form . . . 240.— 185.— 172.— **155.4**  
 Konfirmanden-Hüte · Konfirmanden-Wäsche

# Walter & Fleck

## Abgabe von Lebensmitteln.

Es werden verabfolgt:

1. **Von Dienstag, den 2. bis Sonnabend, den 6. April:**  
Auf die Marken 19 der Kartoffelart 4 Pfund und auf die Mark 20 der Kartoffelart 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
2. **Von Dienstag, den 2. bis Sonnabend, den 6. April:**  
Auf die Marken 5 und 5K der Danziger Lebensmittelarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 5 und 5K der Lebensmittelarten in den Nachbargemeinden Grentan, Emaus, Ohra, Bürgerweien, St. Walldorf, Klein-Walldorf, Gr.-Plehnendorf und Klein-Plehnendorf für Erwachsene und Kinder je 1 Pfund Marmelade zum Preise von 92 Pfg.  
Die angegebene Menge ist für zwei Wochen bestimmt.
3. **Von Mittwoch, den 3. bis Sonnabend, den 6. April:**  
a) Auf die Marken 6 und 6K der Danziger Lebensmittelarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 6 und 6K der Lebensmittelarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je 250 Gramm Obst zum Preise von 1,50 Mk. für das Pfund.  
b) Auf die Marke 7 der in Danzig und den Nachbargemeinden ausgegebenen Lebensmittelarten für Erwachsene je 125 Gramm Mühlenzweigen.  
c) Auf die Marken 7K der in Danzig und den Nachbargemeinden ausgegebenen Lebensmittelarten für Kinder je 125 Gramm Grieß.  
Die Waren sind in den Geschäften, bei denen die Anmeldung zum Bezuge von Mühlenzweigen erfolgt ist, erhältlich.  
Die von den Händlern bereitgestellten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen. Bei Einreichung der Marken 5 und 5K an die Verteilungsstelle A, Eisen-Weitzgasse 16, sind die verbleibenden Restbestände an Marmelade anzugeben.  
Danzig, den 28. März 1918.

Der Magistrat.

## Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschfeld
- Heft 4. Der Nahrungsentzug. Von Dr. Jadel-Berlin
- Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich
- Heft 6. Das Schulfeld. Von Dr. Silberstein
- Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert
- Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes
- Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. V. Bernheim
- Heft 10. Der Arbeiterlohn. Von Dr. M. Epstein
- Heft 12. Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Theising
- Heft 13. Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Künster
- Heft 14. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von E. Jordan
- Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Marfak
- Heft 16. Jähre und Jahrspläne. Von Gertrud Kewald
- Heft 17. Das und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Ehrlich. Mit zahlreichen Illustrationen
- Heft 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernheim
- Heft 19. Die Krankepflege im Hause. Von Joh. Kauter-Mannheim
- Heft 20. Die Proletariatkrankheit, ihre Entstehung und Verbreitung, Verhütung und Heilung. Von Dr. Jadel-Berlin
- Heft 21. Nahrungsmittel. Von Otto Röhle. Mit zahlreichen Illustrationen
- Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. B. Chajes-Berlin
- Heft 23. Wie schützen wir uns vor Herzkrankheiten? Von Dr. E. Röhlich
- Heft 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung. Von Hugo Hillig-Hamburg
- Heft 25. Die Schmarotzer des Menschen. Von Dr. A. Lipschütz
- Heft 26. Die Krankheiten des Ohrs, der Nase und des Rachens.
- Heft 27. Sport und Arbeiter. Von Dr. Silberstein
- Heft 28. Die Jahre der Geschlechtsreife. Von Dr. Dosth-Leipzig
- Heft 29. Volksernährung. Von Dr. Julian Marfak
- Heft 30. Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf. Von Dr. Jadel-Berlin
- Heft 31. Die Berufskrankheiten der Buchdrucker. Von Dr. Silberstein
- Heft 32. Die Arzneimittel und ihre Verwendung. Von Dr. A. Lipschütz
- Heft 33. Das Auge und seine Erkrankungen. Von Dr. W. Seeligmann
- Heft 34. Die Berufsarbeiten d. Gasarbeiter. Von Dr. W. Hanauer
- Heft 35. Die Berufsarbeiten der Schneider und Textilarbeiter. Von Dr. J. Marfak
- Heft 36. Die Berufsarbeiten der Maurer und Bauarbeiter. Von Dr. W. E. Theising-Regensburg
- Heft 37. Die Krebskrankheit. Von Dr. J. Jadel jr.-Berlin
- Heft 38. Injurierechnung. Von Dr. A. Lipschütz
- Heft 40. Die Berufsarbeiten der Landarbeiter. Von Dr. Grunow.

Jedes Heft kostet 25 Pfennig.  
 Ganz Ausgabe auf halbretem Papier jedes Heft 50 Pfg.  
 Die Abbestellungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.  
 Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und einzeln käuflich.  
 Wo es der Bedarf erfordert, sind Abbestellungen beizufügen.  
**Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 23.**

## Sozialdemokratischer Bezirksverband Westpreußen Danzig / 4. Damm 7 / Telefon 3103

### Die Frau als Mutter und Staatsbürgerin

Lieber dieses wichtige, zeitgemäße Thema spricht  
 Genossin **Juchacz - Berlin**

Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in

## 3 großen öffentlichen Frauenversammlungen

in **Elbing** am Freitag, den 5. April, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus,  
 in **Grudenz** am Sonnabend, den 6. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Fährplatz 3,  
 in **Danzig** am Sonntag, den 7. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Café Bürgergarten in Schidlitz.

Zahlreiche Beteiligung der Frauen und über 18 Jahre alten Mädchen aller Kreise wird erwartet  
**Männer haben als Gäste Zutritt**

Sur Deutung der Unkosten findet freiwillige Sammlung statt

Der Bezirksvorstand v. a.: Julius Gehl

Echt gelackten **Schnupftabak** offeriert  
**Julius Gosda,** Rohabakgroßhandlung und Schnupftabakfabrik,  
 Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 2428

### Trauer-

Hüte  
in  
reicher  
Auswahl

Blusen  
Handschuhe  
zu billigsten  
Preisen

**Julius Goldstein**

Lawendegasse 4, gegenüber der Markthalle

**Moderne illustrierte Zeitschriften**  
 Der wahre Jakob 15 Pfennige    Jugend 55 Pfennige    Simplizissimus 45 Pfennige  
**Buchhandlung Volkswacht** Paradiesgasse 32

Jede **Nähmaschine** reparieren schnell  
**Wilken & Söhne**  
 Heilige Geistgasse Nr. 127  
 Fernruf 1237

Siehe Anleit. z. Anbau, Verarb. u. Beizen der **552**  
**Tabakpflanze**  
 1 Kilo 70 Pfg. Samen, 1 Kilo 1 Mk. Doppelpf. 1,50 Mk.  
**Verlag, Köpenick (Regd.)**

**Führer** durch das preussische Einkommensteuergesetz  
 Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister  
**Preis 60 Pfennige**  
 Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Volkswacht**  
 Danzig: Paradiesgasse

## Schuh-Befohlung.

Die unten bezeichneten Schuhmacher haben sich verpflichtet, die Befohlung der Schuhe für die minderbemittelte Bevölkerung zu folgenden Preisen auszuführen:

- Männerohlen aus Sperrholz mit Lederfäden . . . . . 6,70 Mk.
- Frauenohlen aus Sperrholz mit Lederfäden . . . . . 5,90 Mk.
- Kinderohlen aus Sperrholz mit Lederfäden . . . . . 4,39 Mk.
- Abzüge aus Leder für Männer . . . . . 2,- Mk.
- Abzüge aus Leder für Frauen und Kinder . . . . . 1,60 Mk.

Ausbesserungen am Oberleder und Erjag der Brandohlen werden besonders berechnet.

Verzeichnis der Schuhmacher:

- Adolf Alba, Fleischerstraße 43
- Buddatich, Grüner Weg 20
- Wladislaw Cykonik, Grüner Weg 2
- Eduard Ewert, Jungstädt, Gasse 5
- Frau Freihmann, Sandgrube
- Hugo Köhling, Weidenstraße 54
- Karl Lange, Kasub. Markt 4/5
- Paul Lieh, Thielstraße 54
- Matigabel, Kleine Bäckerstraße 9
- Johanna Nidel, Katergasse 8
- Karl Piertowski, Sandgrube 51 b
- Frans Rusch, Almodengasse 3
- Georg Schwanau, Parität. Graben 57
- Albrecht Schwidrowski, Banggarten 85
- Karl Weig, Am Jakobstor 1
- Kay Weinland, Banggarten 10.

**Langfuhr und Bröfen**  
 Karl Kohns, Ehemweg 2  
 Hermann Seiffig, Boladomijer-Weg 110  
 August Walter, Bröfen  
 Ledemans, Schellmühler Weg 1  
 Friedrich Sieg, Neuschottland 22 b  
 Anton Hirsch, Bauernater Weg 14.

**St. Moritz und Stadtgebiet**  
 Albert Fröhmann, St. Albrecht 41  
 Wilhelm Simonski, St. Albrecht 57  
 Eduard Keller, Stadthaibel 41  
 Aug. Czerwinski, Ohra, Schönfeld. Brücke 17.

**Schidlitz**  
 Emil Marquard, Joerstraße 56  
 Feig Meyer, Kautkauer Straße 108.

**Neufahrwasser**  
 Karl Apsteinbaum, Duvor Straße 3  
 J. Richter, Kleine Straße 4.

**Heubude, Aratau**  
 Friedrich Prohl, Dammstraße 28  
 Wilhelm Biddau, Heubuder Straße 22  
 August Kied Aratau, Stromufer 9/10.

Danzig, den 22. März 1918  
 Der Magistrat.

**In freien Stunden** Preis 15 Pf., zu beziehen durch die Buchh. Volkswacht, Paradiesgasse 32